

Politische Berichte

PROLETARIAT ALLER LÄNDER VEREINIGT EUCH! PROLETARIAT ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER VEREINIGT EUCH!

**Das bürgerliche
Lager sammelt
sich**

3

**Sozial bereinigter
Haushalt kontra
soziale Stadt in
Norderstedt**

12

**Wachstum, Ent-
wicklung, Ballung,
viele Zentren und
öffentliche Güter.
Linke Diskussion
zur Weltwirtschaft**

**Von „Kleineuropa“
zur kontinentalen
Macht**

7

**Hamburger Wahl:
Es gibt nichts zu
beschönigen**

16

18



Politische Berichte

ZEITUNG FÜR SOZIALISTISCHE POLITIK
– ERSCHEINT VIERZEHN TÄGLICH

Herausgeber: Arbeitskreis Politische Berichte, Stubaier Straße 2, 70327 Stuttgart. Herausgeber für den Arbeitskreis Politische Berichte: Christoph Cornides, Ulrike Detjen, Emil Hruška, Herbert Stascheit.

Verantwortliche Redakteure und Redaktionsanschriften:

Aktuelles aus Politik und Wirtschaft; Auslandsberichterstattung: Christiane Schneider, GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. 040/43188820, Fax: 040/43188821. E-mail: gnn-hhsh@hansenet.de – Alfred Küstler, GNN-Verlag, Postfach 60 02 30, 70302 Stuttgart, Tel. 0711/62 47 01, Fax: 0711/62 15 32. E-mail: stuttgart@gnn-verlage.com

Regionales / Gewerkschaftliches: Martin Fochler, GNN Verlag, Stubaier Straße 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711/624701, Fax: 0711/62 15 32, e-mail: pb@gnn-verlage.de

Diskussion / Dokumentation: Rüdiger Lötzer, Postfach 210112, 10501 Berlin, e-mail: gnn-berlin@onlinehome.de – Hardy Vollmer, GNN-Verlag, Wilhelmstraße 15, 79098 Freiburg, Fax: 0761/34961

In und bei der PDS: Jörg Detjen, GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zulpicher Str. 7, Tel. 0221/211658, Fax: 0221/215373. E-mail: gnn-koeln@netcologne.de

Termine: Christiane Schneider, Anschrift s. Aktuelles.

Die Mitteilungen der „ARGE, Arbeitsgemeinschaft Konkrete Demokratie, soziale Befreiung bei der PDS“ werden in den Politischen Berichten veröffentlicht. Adresse GNN Hamburg

Verlag: GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zulpicher Str. 7 und GNN Verlag Süd GmbH, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711/62 47 01, Fax: 0711/62 15 32. E-mail: stuttgart@gnn-verlage.com

Bezugsbedingungen: Einzelpreis 1,80 €. Ein Halbjahresabonnement kostet 29,90 (Förderabo 42,90), ein Jahresabonnement kostet 59,80 (Förderabo 85,80). Ein Jahresabo für Bezieher aus den neuen Bundesländern: 54,60, Sozialabo: 46,80. Ausland: + 6,50 Porto. Buchläden und andere Weiterverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Druck: GNN Verlag Süd GmbH Stuttgart

Politische Berichte

– zum Abonnieren – zum Kennenlernen

Hiermit bestelle ich Stück pro Ausgabe der PB

o 4 Ausgaben für 10 (beilegen) zum Kennenlernen

o Halb- o Jahresabo (29,90 / 59,80 je Einzelabo)

o Halb- o Jahres-Förderabo (42,90 / 85,80)

o Halb- o Jahres-Sozialabo (23,40 / 46,80)

o Halb- o Jahresabo neue Länder (27,30 / 54,60)

o Bankeinzug: Ich ermächtige den GNN-Verlag widerruflich, die Rechnung zu Lasten meines Kontos abzubuchen

Name:

Straße:

Postleitzahl/Ort:

Kto-Nr.

BLZ:

Bank:

Unterschrift:

Einsenden an: GNN-Verlag, Postfach 600230, 70302 Stuttgart

NICHT ENTSCHÄDIGT. Warschau, 4.3.2004, RZECZPOSPOLITA, poln. Mehrere tausend gesetzliche Erben von Personen, die die Entschädigung für Zwangsarbeit nicht mehr entgegen nehmen konnten, werden sehr wahrscheinlich kein Geld bekommen, weil sie die Frist von sechs Monaten nicht eingehalten haben, in der sie verpflichtet waren, die Stiftung über den Tod des berechtigten Familienangehörigen zu unterrichten. Diese Frist ist in dem deutschen Gesetz über die Entschädigungszahlungen für Opfer des Dritten Reiches verankert.

Viele Erben, die die Gesetzeslage nicht kennen, reichen aber nach Ablauf der Frist bei der polnischen Stiftung Anträge auf Entschädigungszahlungen ein. Die Tatsache, dass diese Frist zu kurz ist, bestätigen auch die Vertreter der Stiftung für Polnisch-Deutsche Aussöhnung: „Wir haben mit der deutschen Seite verhandelt und uns war es sogar gelungen, den Vorstand der deutschen Stiftung von der Richtigkeit unseres Standpunktes zu überzeugen, aber wir bekamen jetzt eine negative Antwort“, sagt Magda Cieszkowska, Pressesprecherin der Stiftung für Polnisch-Deutsche Aussöhnung. Diese Entscheidung wurde von dem deutschen Finanzministerium getroffen, das über die deutsche Entschädigungsstiftung die Aufsicht hat. (...) „Solch eine unachgiebige Haltung verletzt die Interessen der Opfer des Nationalsozialismus“, meint der Vorstand der Stiftung für Polnisch-Deutsche Aussöhnung.

Die Deutschen weigern sich, die Entschädigungen an die Erben sogar dann auszus zahlen, wenn die Opfer die erste Rate der Entschädigung noch erhalten haben, später aber gestorben sind und die zweite Rate nicht mehr entgegennehmen konnten. Die polnische Stiftung stimmt auch dieser Gesetzesauslegung nicht zu. Das Problem berührt alle Stiftungen, die Entschädigungen auszahlen.

„Am 3. März habe ich ein Schreiben an alle Partnerstiftungen gesandt mit dem Vorschlag einer gemeinsamen Erklärung, in der auch die Forderung beinhaltet ist, die Entscheidung des deutschen Finanzministeriums außer Kraft zu setzen und eine neue für die gesetzlichen Erben vorteilhafte Auslegung des Bundesgesetzes anzuwenden“, sagt Professor Jerzy Sulek, der Vorsitzende der Stiftung für Polnisch-Deutsche Aussöhnung. (...)

Was geschieht aber mit dem „eingesparten“ Geld? Es bleibt bei der deutschen Stiftung Erinnerung, Verantwortung, Zukunft.

BEAMTENRECHT: Berlin: (hib/HAU) Weitgehend einig sind Experten und Sachverständige hinsichtlich des Reformbedarfes des öffentlichen Dienstes und des Beamtenrechts. Dies wurde auf einer öffentlichen Anhörung des Innenausschusses am 1. März deutlich.

Unterschiedliche Auffassungen hingegen gab es in den Fragen der konkreten Ausgestaltung der Reform.

Für Professor Ulrich Battis von der Humboldt-Universität Berlin ist die Existenz eines effizienten bürgerorientierten öffentlichen Dienstes eine notwendige und unverzichtbare Bedingung für eine funktionierende marktwirtschaftliche Ordnung. Internationale Studien hätten gezeigt, dass das öffentliche Amt und das auf das Gemeinwohl ausgerichtete „Amtsethos“ eine Renaissance erlebten. Davon sei im Bericht der, von der nordrhein-westfälischen Landesregierung eingesetzten Kommission „Zukunft des öffentlichen Dienstes“, der sogenannten „Bull-Kommission“, jedoch nichts zu spüren. Ausgerechnet das deutsche Arbeitsrecht und dann noch in seiner starrsten Form, nämlich der des Bundesangestelltentarif (BAT) zum Motor der Modernisierung des öffentlichen Dienstes zu propagieren, sei realitätsfern, so Battis.

Der Kommissionsvorsitzende, Professor Hans Peter Bull von der Universität Hamburg, verteidigte die in der Studie ausgewiesenen Ergebnisse. Es habe sich gezeigt, dass das Berufsbeamtentum keine Anpassung an gesellschaftliche Veränderungen erlaube.

Aus der Sicht des Bundesvorsitzenden des Deutschen Beamtenbundes, Peter Heesen, hätten falsche politische Entscheidungen und übersteigerte Privatisierungstendenzen den öffentlichen Dienst in Misskredit gebracht. Deutschland brauche Verwaltungen, die überall gleich gut und verlässlich arbeiten. Dies gewährleiste unter anderem das Berufsbeamtentum.

Es fehle an präzisen Beschreibungen des Leistungsstandes des öffentlichen Dienstes insgesamt, erklärte Professor Bernard Kempen von der Universität Köln. Dies wiege umso schwerer, da sich derzeit ein Reformaktionismus entfalte, der dem öffentlichen Dienst und mithin der gesamten Gesellschaft nachhaltigen Schaden zufügen könne.

Nach Ansicht von Professor Gunnar Folke Schuppert von der Humboldt Universität Berlin sei ein „Reformleitbild“ nötig. Dies könne das Leitbild des „Gewährleistungsstaates“ sein. Die Verantwortung bei der Aufgabenerfüllung liege demnach beim Staat, während die eigentliche Umsetzung durch Dritte, wie private Anbieter erfolgen könne.

Ingrid Sehrbrock vom Deutschen Gewerkschaftsbund sieht die althergebrachten Grundsätze des Berufsbeamtentums als nicht vereinbar mit den Ansprüchen an einen leistungsstarken öffentlichen Dienst an. Benötigt würden unter anderem eine leistungsorientierte Besoldung sowie bessere Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten.

(heute im bundestag)

Politische Berichte im Internet: www.gnn-archiv.staticip.de

Das bürgerliche Lager sammelt sich

Zwischen Figuren wie Merkel, Stoiber und nun Herrn Köhler spannt sich im Feld der Meinungen eine große Mehrheit aus, die weit mehr als eine absolute Mehrheit der Wahlberechtigten in der BRD umfasst. Charakteristisch für diese Mehrheit ist, dass sie erst im Kontrast zur FDP realisierbar, sichtbar und greifbar wird. In Hamburg kam es auf Kosten der FDP zur absoluten Unionsmehrheit. Im Präsidentschaftswahlkampf hat

sich auf Normen beziehen lassen, die bei der Organisation des Alltagsleben der breiten Masse der werktätigen Bevölkerung eine Rolle spielen. Das Wettbewerbsdenken der FDP weist in dieser Hinsicht einen Defekt auf. Im täglichen Leben gibt es bekanntlich nicht nur erste Plätze, die meisten Menschen rangieren unter ferner liefen ... Die FDP hat für die Organisation des Zusammenhalts der „Gewinner“ mit den „Verlierern“

grig, und ihr habt mich nicht gespeist“, steht in der Bibel als folgenschwerer Vorwurf*. Die Union kann damit auf eine Norm zurückgreifen, die dem Konkurrenzkampf den Stachel des Hungers, der Not, des Untergangs zieht. Übrig bleibt eine Last, die schwer sein mag, aber zu tragen ist und die Pflicht der Starken, ihre Talente zu entwickeln und den Schwachen beizustehen. Übereinstimmung mit lebenspraktischen Erfahrungen stellt sich leicht ein, denn der Grundsatz „The winner takes all“, der Gewinner streicht alles ein, organisiert das Alltagsleben nicht, sondern bringt es eher zum Scheitern.

Die Abgrenzung von der reinen Lehre des Gewinnens, wie sie von der FDP und Verwandten vertreten wird, lässt sich deswegen als Voraussetzung für eine breite Popularisierung bürgerlicher Ideologie begreifen. Möglich bleibt dabei, z.B. in einer Koalitionsregierung, das Spiel mit verteilten Rollen, aber die Konstituierung eines ideologischen Lagers wird durch die genannte Grenzziehung erleichtert. Das bürgerliche Lager konstituiert sich um ein Netzwerk von Normen, die positiv zum Verwertungsgedanken und kritisch zu dessen absolutem Geltungsanspruch stehen.

So viel zur Romantik. Der Blick auf die gesellschaftliche Struktur zeigt ein anderes Bild. Das konservative Lager sammelt sich aus denselben Anlässen, die das rot-grüne Lager zernieren. Es handelt sich dabei um Mechanismen der



die Union ihren Mann zu Lasten der FDP platziert. Zum Verständnis werden programmatische Differenzen zwischen dem Liberalismus der FDP und dem Konservatismus der Union gesucht, die

nichts zu bieten. Die Union schon. Sie kann auf das Modell der christlichen Nächstenliebe zurückgreifen, sie kann ihre Vorstellung von Menschenwürde materiell unterfüttern. „Ich war hun-

Weichen stellen für Deutschland

Aus dem Beschluss der Präsidien der Christlich Demokratischen Union und der Christlich-Sozialen Union am 7. März 2004

CDU und CSU bekennen sich zur ihrer politischen Verantwortung, den Arbeitsmarkt zu gestalten:

1. Wir streben ein einheitliches Arbeitsgesetzbuch an, um das in vielen Gesetzen geregelte Arbeits- und Tarifrecht zusammenzufassen, zu vereinfachen und zu verschlanken.
2. Beschäftigungsorientierte Abweichungen von Tarifverträgen werden unter Beachtung der Tarifautonomie zugelassen. Betriebliche Bündnisse für Arbeit und beschäftigungssichernde Betriebsvereinbarungen werden gesetzlich abgesichert... Eine abweichende Vereinbarung gilt als günstiger für den Arbeitnehmer, wenn der Betriebsrat und die Belegschaft mit 2/3 Mehrheit einer solchen Abweichung zustimmen.
3. Die gerade für mittelständische Betriebe kostentreibenden Teile des Geset-

zes zur Reform des Betriebsverfassungsgesetzes werden zurückgenommen, insbesondere die Änderungen zur Anzahl der Betriebsratsmitglieder und die herabgesetzten Schwellenwerte für freigestellte Betriebsräte.

4. Bei Neueinstellungen ist eine Befristung bis zu vier Jahren möglich. Das Kündigungsschutzgesetz findet keine Anwendung bei Neueinstellung von Arbeitslosen, die 50 Jahre und älter sind, falls eine freiwillige Abfindung gewählt wird.

5. Die Arbeitslosenversicherung soll auf ihre Kernaufgaben reduziert werden...

6. Unternehmen wird die Möglichkeit eingeräumt, Langzeitarbeitslose im ersten Jahr ihrer Beschäftigung unter Tarif zu beschäftigen.

7. Der Anspruch des Leiharbeitnehmers auf gleiche Arbeitsbedingungen und das gleiche Arbeitsentgelt greift erst nach 12 Monaten Beschäftigung.

8. Denjenigen, die auf dem Arbeitsmarkt keine Beschäftigung finden, müssen Beschäftigungsmöglichkeiten, vorrangig auf dem ersten Arbeitsmarkt, angeboten

werden. Empfänger von Arbeitslosengeld II, die solche Beschäftigungsangebote nicht annehmen, erhalten nur noch stark reduzierte Leistungen.

9. Der generelle Anspruch auf Teilzeit wird eingeschränkt (Teilzeitananspruch nur noch bei Kindererziehung und Betreuung pflegebedürftiger Angehöriger).

10. Eine Ausbildungsplatzabgabe wird abgelehnt...

11. Die Deregulierung bei den Ausbildungsverordnungen wird weiter vorangetrieben. Insbesondere werden weitere Ausbildungsgänge für theorieentlastete Berufe geschaffen...

12. Die Ladenschlusszeiten werden von Montag bis Samstag freigegeben.

13. Das Teilzeit- und Befristungsgesetz wird auf Betriebe mit mehr als 20 Arbeitnehmern beschränkt.

14. Das Arbeitszeitgesetz für Betriebe mit bis zu 20 Mitarbeitern wird entsprechend der EU-Richtlinie flexibilisiert.

15. Das Arbeitsstättenrecht für Kleinbetriebe mit bis zu 20 Beschäftigten wird mit großzügigen Ausnahmeregelungen versehen ...

selektiven Krisenbewältigung, die dazu führen, dass selbst in Zuständen der gesamtgesellschaftlichen Stagnation ein im repräsentativ demokratischen Sinne mehrheitsfähiger Anteil bleibt. Um die Sicherung der Verhältnisse dieses mehrheitsfähigen Anteils geht es dem konservativen Lager, aber nicht nur. Der neue Dreh ist, dass man Verwendungen für die anderen zwanzig, dreißig oder vierzig Prozent sucht. Vorgesehen sind Verwendungen, in denen das klassische Verhältnis von Arbeitgeber und Arbeitnehmer sich reorganisieren kann. Selbst der geringe Rückhalt, den z.B. der Kündigungsschutz für einen Restbestand an Widerständigkeit bietet, muss weg, und der Rückzug auf die Insel der Armut wird niemandem erlaubt.

Das ist der wesentliche Inhalt der weichenstellenden Maßnahmen für den Arbeitsmarkt.

Die Konstituierung des bürgerlichen Lagers in dem Ausmaß, das die bayerische und die hamburgische Landtagswahl zeigen, wäre nicht denkbar ohne die Zersetzung des auf Solidarität aufgebauten Normengefüges, das die rot-grün (roten) Mehrheiten getragen hat. Dieses

Normengefüge beruht auf der Arbeitsproduktivität, die in den Industriegesellschaften gegeben wird, verbunden mit der Annahme, dass eine Gesellschaft, die allen die Chance zur Arbeit gibt, nicht arm sein wird. Diese optimistische Hintergrundannahme über die Bereitschaft zur Teilnahme an der Arbeit kann sich in der BRD auf die Situation in den Jahrzehnten der Vollbeschäftigung stützen. Es hat sich damals gezeigt, dass die Wirtschaftssubjekte in der modernen Welt letzten Endes Beschäftigung wählen. Sie tun das, weil das in dieser Form verdiente Geld, der Lohn, sie zur Selbstbestimmung in Marktverhältnissen befähigt und aus der Abhängigkeit von den Eltern, vom Ehegatten, von der Familie, vom Sozialamt herausführt. Es ist in jenen Jahren fast gar niemand ohne Beschäftigung geblieben. Aus dem Zusammenhang von Arbeitsbereitschaft, Arbeitslohn, Emanzipation hat sich eine Vielzahl von Forderungen der Lohnabhängigkeit an die kapitalistischen Arbeitgeber und an die Dienst- und Sozialleistungen der öffentlichen Hand ergeben. Ihnen allen ist gemeinsam, dass sie den Menschen zur Selbstbestimmung ge-

boren und berechtigt ansehen. Das reicht weit über die Bestimmung der Menschenwürde im Grundgesetz der BRD hinaus. Diese formuliert nicht einen sozialen Raum der Entfaltung und Gestaltung, sondern – wichtig genug – Grenzen des Handelns der Mächtigen in Wirtschaft, Politik und im Familienleben. Vor diesem Hintergrund wird die Aufbruchstimmung der sechziger Jahre fassbar als Kampf um Selbstbestimmung in allen Bereichen.

Begünstigt wurde diese Strömung durch die Entwicklung der Industriegesellschaft, die in den sechziger Jahren einen massenhaften Bedarf an wissenschaftlich-technisch vorgebildeten, im vorgegeben Rahmen zum selbständigen Fachurteil befähigten Arbeitskräften anmeldete. Die Emanzipationsbewegung in den Ausbildungsstätten, in der Organisation des Familienlebens, schließlich auch in der Arbeitswelt brachte Normen mit allgemeinem Geltungsanspruch hervor, die sowohl das Alltagsleben breiter lohnabhängiger Schichten bestimmten, wie sich auch Regierungspolitik damit machen ließ. Es geht dabei um Angebote vor dem Erwartungshintergrund ihrer An-

Ein „menschlicher Globalisierer“?

Der gemeinsame Kandidat von CDU, CSU und FDP für die Wahl zum Bundespräsidenten durch die Bundesversammlung am 23. Mai, Horst Köhler, verstehe etwas von „menschlicher Globalisierung“, hat CDU-Chefin Merkel ihre Entscheidung für Horst Köhler gegenüber der Presse begründet. (Spiegel Online, 5.3.04).

DGB-Chef Sommer bescheinigte dem bisherigen Direktor des Weltwährungsfonds (IWF) „ökonomischen Sachverstand“, kritisierte aber, mit der Nominierung Köhlers habe das bürgerliche Lager deutlich gemacht, „dass man nicht auf Umwelt, sondern auf Ökonomie setze“ (ebenda). Ob der DGB-Chef, der für die SPD in der Bundesversammlung sitzt, für einen CDU-Kandidaten Töpfer gestimmt hätte, darf dennoch bezweifelt werden.

Horst Köhler selbst kündigte gleich am nächsten Tag bei einer Pressekonferenz mit Merkel und Stoiber in Anspielung auf den früheren US-Präsidenten Kennedy an, er wolle „zurückgeben, was mir das Land gegeben hat“. Demokratie und Marktwirtschaft seien weltweit auf dem Vormarsch. Diesem Wettbewerb müsse sich auch die Bundesrepublik noch stärker stellen, und er wolle mithelfen, die Globalisierung „anzunehmen“ und zu „gestalten“.

Der 1943 in Polen geborene Köhler, Sohn einer von den Nazis aus Bessarabien nach Polen umgesiedelten Familie, die kurz vor Kriegsende nach Sachsen floh und von dort 1953 in den Westen, hat an

der Tübinger Universität in den 60er Jahren Volkswirtschaft studiert und nach dem Diplom im Jahr 1969 eine Zeitlang bei Prof. Alfred Eugen Ott als wissenschaftlicher Referent gearbeitet, bevor er 1976 eine Laufbahn im Bundeswirtschafts- und später im Finanzministerium begann. Unter den Ministern Stoltenberg (CDU) und Waigel (CSU) stieg er steil auf. 1990 wurde er Staatssekretär im Finanzministerium und war in dieser Funktion an den Verhandlungen um den „Einigungsvertrag“ und die deutsch-deutsche Wirtschafts- und Währungsunion ebenso beteiligt wie an denen zum „Maastricht-Vertrag“ der EU und zur Einführung des Euro. Bei mehreren G-7-Gipfeln war er für Bundeskanzler Kohl tätig. 1993 wurde Köhler Präsident des Sparkassen- und Giroverbandes, 1998 Chef der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung, der sogenannten Osteuropabank. 2000 trat er sein Amt als Geschäftsführender Direktor des IWF an.

Wichtige Reden Köhlers als IWF-Direktor sind auf der Homepage des IWF (www.imf.org) dokumentiert, so eine Rede aus Anlass der Verleihung der Honorarprofessur an der Universität Tübingen vom 16. Oktober letzten Jahres.

Darin schildert Köhler seine Sicht der Globalisierung. Idealtypisch sei sie ein „Positivsummenspiel, bei dem alle beteiligten Volkswirtschaften Vorteile haben“. Als Beispiele nennt er Länder wie Brasilien, Indien, China und Mexiko, in denen 3 Milliarden Menschen lebten, die ihr Wachstum von durchschnittlich 1 Prozent in den 60er Jahren auf durchschnittlich 5 Prozent in den 90er Jahren gesteigert hätten. Allein in China habe

sich das Durchschnittseinkommen seit 1978 verfünffacht. Auch die Lebenserwartung sei gestiegen, in den reichen Industrieländern seit 1950 um 10 Jahre, in Entwicklungsländern um 20, in Indien und China um fast 30 Jahre.

Aber Globalisierung habe auch ihre Schattenseiten. So lebten immer noch 1,2 Milliarden Menschen in absoluter Armut, müssten statistisch mit weniger als 1 Dollar pro Tag überleben. Auch die in den 80er Jahren eingeleitete Deregulierung der Finanzmärkte habe vielleicht zu „irrationalen Übertreibungen“ geführt. Fazit Köhlers: „Aus meiner Sicht ist Globalisierung für sich genommen weder gut noch schlecht. Worauf es ankommt ist, was wir daraus machen.“ Dass appelliert geschickt an den Willen vieler Menschen, ihre Welt selbst zu gestalten, aktiv zu sein statt passiv.

Köhler verweist dabei auch auf Adam Smith, den englischen Freihandelstheoretiker, der schon vor mehr als 200 Jahren „die Einführung einer universellen öffentlichen Schulbildung“ gefordert habe. Bei seinen im folgenden entwickelten Vorstellungen einer „globalen Gestaltung“ hat der IWF-Chef keine Probleme, den amerikanischen Pentagon-Strategen Samuel Huntington und dessen Theorie vom „Zusammenstoß der Zivilisationen“ ebenso als Quelle und Begründung heranzuziehen wie den katholischen Theologen Hans Küng, den Philosophen Karl Popper und den US-Soziologen John Rawls. Heraus kommt ein Paket von sechs Grundsätzen:

- erstens die Forderung nach einer „Weltinnenpolitik“ zur Aufrechterhaltung der Ordnung im „Raumschiff Erde“

nahme, um Chancen und Bereitschaft zur Nutzung.

Die konkrete Politik rot-grün-roter Regierungen im Bund und auch in den Ländern vermochte nach Ablösung der Kohl-Regierung nicht, auf einer solchen Grundlage Politik zu entwickeln. Hätte sie es können? Erschwerend war jedenfalls eine gesellschaftliche Situation, in der das Kapital zur selektiven Krisenbewältigung schritt. Der Skandal der Überbürdung von Lasten auf die Schwächsten steht dabei im Gegensatz zum Zahlenverhältnis. Die Mehrheit wird erleichtert und ist erleichtert. Die Sozialdemokratie, und hier ist es richtig, ganz speziell von der Regierung Schröder zu reden, ist mit diesem Prozess nicht fertig geworden. Sie hat sich an die Gewinner gehängt und dabei eine Reihe von schweren, die Menschenwürde streifenden Taktlosigkeiten begangen. Die Bundesregierung – und besonders ihr sozialdemokratischen Teil – ist in den Skandal der Überlastung der Schwächsten tief verstrickt. Die Sache ist so gefährlich, weil die Sozialdemokratie im Unterschied zur christlich abgefangenen Soziallehre des Konservatismus keinen Halt hat, sobald sie den

- zweitens die Forderung, der Verweis auf Multilateralität dürfe nationale Eigenverantwortung nicht untergraben, zum Beispiel bei der Förderung von Wachstum und der Bekämpfung von Korruption
- drittens die Forderung, den Markt, der sich als „als überlegener Koordinierungsmechanismus“ bewährt habe, durch einen globalen Rahmen zu ergänzen, da „der Markt allein nicht alles zum Guten richtet“,
- viertens die Forderung, die „soziale Dimension der Globalisierung“ zu stärken, die Rawls entwickelten Regeln für eine faire und gerechte Gesellschaft dabei zu nutzen,
- fünftens die menschliche Vielfalt bei aller Globalisierung zu achten und
- sechstens alles einer „globalen Ethik“ (Küng) zu unterstellen, wozu der Respekt vor Menschenrechten gehöre, aber auch, „dass den Rechten Pflichten gegenüberstehen.“ Das müsse auch für Konzerne gelten.

Alles in allem erweist sich der Mann als geschickter Verfechter einer Mischung aus katholischer Soziallehre und „sozialer Marktwirtschaft“, mit der CDU/CSU und FDP bekanntlich nach Kriegsende über 20 Jahre lang regierten und die Helmut Kohl dabei half, die DDR zu beerben und zu annektieren.

Jetzt stehen CDU und CSU mit der Aufstellung Köhlers trotz „Zentrum gegen Vertreibung“ und anderen ostpolitischen Hasstiraden und trotz offen angekündigtem Veto gegen einen Türkei-Beitritt zur EU auf einmal als „weltoffen“ da. Einen Fehler sollten Linke nicht machen: Den Mann unterschätzen.

Anspruch auf ein selbständiges, selbstbestimmtes Leben nicht mehr allgemein formuliert. Wenn sie diesen fortschrittlichen Anspruch aufgibt, fällt sie ins Bodenlose. Sie hat nicht die Tradition und nicht die sozialen Techniken, eine gemäßigte Knechtschaft zu organisieren. Solche Traditionen und Sozialtechniken hat der christliche Konservatismus zu bieten.

Die Strategie der Union ist vielseitig. Sie bietet den Massen, für die sich im Sinne der erkämpften Standards „gute“ Arbeit nicht findet, schlechte Arbeit an, und statt eines guten, einen schlechten Lohn. Sie unterstellt, dass sich daraus Beschäftigungen ergeben würden, aus denen Massenkaukraft folgt. Darauf basiert eine allgemeine Erholung der Konjunktur, die auch von den günstiger gestellten Lohnabhängigen herbeigesehnt wird, weil sie ihre Lebensperspektive öffnet. Am Ende bietet sie den Eigentümern eine bessere Verwertung ihres Eigentums und erweiterte Möglichkeiten, ihren privaten Reichtum auszuleben. Es ist eine Politik, die allen etwas bringen will, wenn eben auch unterschiedlich viel bzw. wenig.

Nach dem Pferdefuß dieser Politik braucht man nicht lange zu suchen. Sie ist gegen Selbstbestimmung und Emanzipation gerichtet, indem sie die Struktur der Gleichberechtigung ändert, trifft sie letztlich alles gesellschaftliche Leben. Denn ist auch der Starke verpflichtet, dem Schwachen zu helfen, so muss auf den Herrn wie ein Knecht hören, wer sich nicht alleine weiterhelfen kann. Diese Politik führt ins Ungewisse, sie ist letztlich antidemokratisch, autoritär usw. usf. Wie nur kann sie so erfolgreich sein?

Die rot-grüne Regierung hat eine Chance nicht ergriffen, die auf der Straße lag. Sie hat sich nicht mit den Kommunen zu einer neuen Struktur- und Sozialpolitik zusammengefunden. Wie konnte man nur den Hinweis übersehen, der z.B. darin liegt, dass in dem berühmten 60-prozentig konservativen Bayern die Stadtgesellschaften der großen Städte München, Nürnberg und Augsburg in die Rathäuser die SPD bzw. SPD und Grüne mehrheitlich wählten?

Der Ansatz der Konservativen zur Belebung des Arbeitsmarktes liegt darin, persönliche Dienstleistungen für einen ganz erheblich großen Teil der Bevölkerung erschwänglich zu machen. Dem gegenüber würde nur ein Ansatz etwas bringen, der öffentliche Nachfrage nach Arbeitskraft mit verbesserten Infrastrukturangeboten zu verbinden wüsste. Diese Chance wurde nicht ergriffen, eine solche Reformdiskussion wird auch in den Städten nur randständig geführt. Aber es bleibt die Achillesferse des konservativen Konzeptes. *alk, maf, rül*

* Vgl. Mt. 25, 41 f.: „Weichet von mir, ihr Verfluchten, in das ewige Feuer, das dem Teufel bereitet ist und seinen Engeln. Denn ich war hungrig, und ihr habt mich nicht gespeist.“

Steinbach klagt gegen Journalistin

Prozess vertagt

Am 27.2. befasste die Zivilkammer des Landgerichts Hamburg die Klage des Bundes der Vertriebenen (BdV) gegen die kritische Journalistin Gabriele Lesser (siehe letzte Ausgabe). Eine Entscheidung traf das Gericht noch nicht, da der Anwalt der Kläger eine Erweiterung der Klage erwägt und deshalb Vertagung beantragte. Der BdV will der Journalistin drei kritische Behauptungen untersagen, die diese in einem Kommentar zum „Zentrum gegen Vertreibungen“ und seinen Betreibern getätigt hatte:

1. „Heutzutage müsse man keine Bomber mehr nach Polen schicken, um den Polen klarzumachen, was ‚westliche Werte‘ seien, erklärte sie (die BdV-Präsidentin Steinbach – scc) vor ein paar Jahren“. Dies sei als Zitat wiedergegeben, aber so etwas habe Steinbach nie gesagt, moniert der Anwalt der Klägerin. Tatsächlich hatte Steinbach in der SZ vom 26.8.99 Folgendes geschrieben: „Es liegt im Gesamtinteresse Europas und der jungen Demokratien (in Osteuropa – Red.), die in die EU wollen, nicht ausgerechnet in Menschenrechtsfragen die Anforderungen abzusenken. Es bedarf keiner Kampfflugzeuge. Ein schlichtes ‚Veto‘ zur Aufnahme uneinsichtiger Kandidaten ist ausreichend.“

2. „Als der Bundestag 1999 beschloss, in Berlin ein Mahnmahl für die ermordeten Juden Europas zu errichten, forderte Erika Steinbach, dass auch die deutschen Vertriebenen ihr Mahnmahl in Berlin bekommen müssten.“ Die Klägerin bestreitet den zeitlichen, v.a. aber einen kausalen Zusammenhang. Der zeitliche Zusammenhang ist leicht nachweisbar. Aber auch ein kausaler Zusammenhang zwischen dem Beschluss zur Errichtung des Holocaust-Mahnmals und der BdV-Kampagne für ein „Zentrum gegen Vertreibungen“ lässt sich beweisen. Das ZDF z.B. zitierte Steinbach mit der Äußerung: „Ein ‚repräsentatives Gebäude‘ in ‚zentraler Lage‘ soll es dann aber doch schon sein. Wunschplätze des BdV sind das ehemalige Staatsratsgebäude der DDR oder auch der Platz gegenüber der Humboldt-Universität – in ‚geschichtlicher und räumlicher Nähe‘ zum Holocaust-Denkmal.“ (ZDF online, 18.7.03)

3. Der BdV habe nie auf die Friedensbotschaft der polnischen Bischöfe von 1965 geantwortet, sondern alles, was er den Polen anzubieten hätte, wären Hass und Verachtung gewesen. Hier geht es um die Frage, ob die seinerzeitige Bekräftigung der deutschen Ansprüche auf polnisches Territorium als angemessene Antwort zu bewerten ist.

Der Prozess fand große Beachtung in Polen, unter den – nicht wenigen – Journalistinnen und Journalisten waren etliche polnische Korrespondenten. Die Fortsetzung findet am 28. Mai statt.

scc

Von „Kleineuropa“ zur kontinentalen Macht

Ende Februar erregte ein Interview in der *Berliner Zeitung* (28.2.) Aufmerksamkeit, in dem sich Außenminister Fischer ausdrücklich von der „Kerneuropa“-Idee verabschiedete, die er in seiner Rede in der Humboldt-Universität im Mai 2000 entfaltet hatte. Mit der „Kerneuropa“-Idee hatte Fischer im Anschluss an von den CDU-Politikern Schäuble und Lamers ausgearbeiteten Vorstellungen den Hegemonieanspruch Deutschlands (im Bündnis mit Frankreich) innerhalb der EU begründet.¹ Inzwischen hat Fischer in einem Interview in der FAZ² nachgelegt, und es zeigt sich, dass er damit nicht beabsichtigt, Herrschaftsansprüche zurückzunehmen – im Gegenteil.

Erstens, sagt Fischer, sei die Idee des „Gravitationszentrums oder einer Avantgardegruppe im Verfassungsvertrag umgesetzt in Gestalt der strukturierten Zusammenarbeit und der verstärkten Zusammenarbeit. Diese Idee muss man nicht ad acta legen.“ Tatsächlich haben die Regierungen Deutschlands, Frankreichs und Großbritanniens ungeachtet der Tatsache, dass der Verfassungsvertrag nicht verabschiedet ist, im Rahmen „strukturierter Zusammenarbeit“ weitreichende Vorgaben für den nächsten EU-Gipfel beschlossen.³ Zweitens haben Deutschland und Frankreich in den Auseinandersetzungen um den Irak-Krieg die Grenzen ihrer Kerneuropastrategie erfahren müssen. Fischer formuliert es so: „Wenn wir uns für einen Moment ein Klein-Europa – Deutschland, Frankreich und ein paar andere Länder – vorstellen, in dem die Entscheidungen einfacher sind, wie würde sich dann der Rest Europas organisieren? Als Hinterhof? Oder würden nicht sofort Antihegemonialreflexe wirksam? Dann wären wir unter erweiterten Bedingungen wieder im alten europäischen Staatensystem ... Die erhöhte Entscheidungsfähigkeit eines kleinen Europas würde sich also ein Schein erweisen. Kleineuropäische Vorstellungen greifen nicht mehr; die Bedingungen haben sich verändert.“ Tatsächlich waren die Möglichkeiten der beiden Mächte, die „europäischen“ Interessen bei der Neuordnung des Nahen Ostens ins Spiel zu bringen, durch die Zerwürfnisse in der EU äußerst eingeschränkt. Der „Dreiergipfel“ im Februar war eine erste Konsequenz: Großbritannien wurde „ins Boot“ geholt. Auch in der Verfassungsaueinandersehung mit Polen und Spanien deuten sich in der Frage der Stimmengewichtung Kompromisse an. Der Kommentator der *Financial Times Deutschland* (6.3.) bringt Fischers Kehrtwende so auf den Punkt: „Die Aufgabe der Europa-Politik wird es sein, den globalen Einfluss zu maximieren und nicht, dieses in

Teilen noch fragile Konstrukt zu spalten.“ Denn darum, „den globalen Einfluss zu maximieren“, geht es drittens, und dazu bedarf es einer gemeinsam handelnden, nicht einer zerstrittenen EU.⁴

Als wichtige Daten, mit denen sich der seinerzeit noch nicht recht vorbereiteten EU die „strategische Dimension von Krieg und Frieden“ gestellt habe, nennt der deutsche Außenminister den 9. November 1989 und den 11. September 2001. Mit anderen Worten: Der „Fall der Mauer“, die Annexion der DDR durch die BRD, leitete die Einverleibung Osteuropas in die EU und damit eine Entwicklung ein, die der EU potenziell Macht und Mittel verschafft, „in kontinentalen Größenordnungen“ zu handeln. Der terroristische Angriff auf die Türme des World Trade Center schuf dann die Gelegenheit, die man jetzt ergreifen will. Fischer: „Wir müssen ... eine Dynamik nutzen, die im europäischen Einigungsprozess und in der positiven Gestaltung der Globalisierung liegt. Da bekommt der Nahe und Mittlere Osten eine neue Bedeutung, weil von dieser Region die Bedrohung ausgeht. Es geht um einen neuen Transatlantismus, der den Veränderungen in Europa wie der neuen strategischen Bedrohungslage gerecht wird. Daran schließt sich dann die Modernisierungs-idee für den Mittleren Osten an. Wir haben im Gegensatz zu Amerika gegenüber dem Nahen Osten eine doppelte Interessenlage. Eine strategische, die hat Amerika auch. Aber wir sind auch direkte Nachbarn – das sind die Vereinigten Staaten nicht.“

Ein wesentlicher Zweck, den Fischer

mit den beiden Interviews verfolgt, dürfte es sein, die Öffentlichkeit auf den weit gediehenen Plan vorzubereiten, die Nato nach Afghanistan nun im Irak und darüber hinaus im Nahen und Mittleren Osten als Ordnungsmacht in Einsatz zu bringen. Vor wenigen Wochen hatte die US-Administration die Strategie des „Greater Middle East“ der Öffentlichkeit vorgestellt; Fischer hatte mit seiner Rede auf der Münchner Sicherheitskonferenz die Zustimmung „Europas“ signalisiert, sich an der Neuordnung der Großregion zu beteiligen, die „die arabischen Staaten Nordafrikas, den Sudan, die Staaten des Mashrek oder der Levante (Israel und seine Nachbarn), die arabische Halbinsel, Iran sowie Afghanistan umfasst“.⁵ Ende Februar hatte der Außenbeauftragte der EU, Solana, dem EU-Außenministerrat ein Positionspapier vorgelegt: Danach will die EU ihre Strategie für den Nahen und Mittleren Osten mit den USA abstimmen. Dass Fischer, dass die EU die eigenen imperialistischen Interessen geltend machen und nicht bedingungslos den USA folgen, sollte nicht zu der Schlussfolgerung verleiten, dass es hauptsächlich um sich verschärfende Konkurrenz zwischen den USA und der EU geht. Hauptsächlich geht es um die Unterwerfung des Nahen und Mittleren Ostens, darum, die ganze Region in eine Art gemeinsam verwaltete, nur scheinbar selbstständige, tatsächlich politisch abhängige, ökonomisch der Globalisierung erschlossene, militärisch kontrollierte Provinzen zu verwandeln – eine Aufgabe, die sich weder die USA noch die EU alleine zutrauen können.

Wir dokumentieren einen Artikel aus dem „Neuen Deutschland“ vom 8. März

Debatte um Europäische Linkspartei

Vertreter von 26 Parteien trafen sich am Wochenende in Prag

Von Olaf Standke

Die Gründung der Partei der Europäischen Linken stand im Mittelpunkt eines Treffens am Wochenende in Prag.

Eingeladen hatten die Konföderale Fraktion der Vereinigten Europäischen Linken / Nordische Grüne Linke im Europaparlament und die Kommunistische Partei Böhmen und Mährens. Gekommen waren Vertreter von 26 Parteien, weit mehr als die elf, die bisher den Berliner Aufruf zur Gründung einer Partei der Europäischen Linken unterzeichnet haben. Auch das eine Bestätigung für die einführende Analyse von Hans Modrow, der seit 1999 für die PDS im Europaparlament sitzt: Das Projekt findet große Aufmerksamkeit; so stark wie bei keinem Treffen bisher waren an der Moldau etwa Vertreter aus Osteuropa präsent, auch aus Russland, der Ukraine und Moldova.

Und es löst kontroverse Reaktionen und Debatten aus. Unbedingt notwendig aber, so Modrow, sei das Vorhaben: „Die

politische Entwicklung einer erweiterten Union und in ihren Mitgliedsländern lässt keine Zeit für einen Aufschub.“ Auch mit Blick auf die Europawahlen in diesem Jahr und die künftige Arbeit im Europaparlament. Vor zwei Wochen haben die Grünen ihre europäische Partei in der italienischen Hauptstadt aus der Taufe gehoben.

Der Entwurf eines Programms liegt inzwischen ebenso vor wie die überarbeitete Fassung eines Statuts. Neben den Initiativtreffen in Berlin und Athen gab es in den letzten Wochen zahlreiche bilaterale Kontakte. PDS-Vertreter beispielsweise trafen sich mit Partnern in Paris, Madrid und Rom. Wolfgang Gehrcke, außenpolitischer Sprecher des PDS-Parteivorstandes, sieht eine Reihe politischer Gemeinsamkeiten. „Sie sind sehr stark, was die Bewegung gegen Sozialabbau und gegen den Krieg angeht.“ Weitgehende Übereinstimmung bestehe in der Kritik am europäischen Verfassungsentwurf.

Bauchschmerzen haben einige Par-



„Wir müssen darauf hinarbeiten, dass östlich der Europäischen Union und an den Mittelmeergrenzen ein Ring verantwortungsvoll regierter Staaten entsteht, mit denen wir enge, auf Zusammenarbeit gegründete Beziehungen pflegen können“, heißt es in der im Dezember 2003 verabschiedeten EU-Militärdoktrin. Die Karte zeigt die Grenzen des Römischen Reiches und seiner Provinzen ca. 100 nach unserer Zeitrechnung. Im Gebiet des heutigen Irak/Iran führte das Reich lange Grenzkriege.

Wenn also Fischer von einem „neuen Transatlantismus“ spricht, dann ist beides, das „Neue“ – d.h. die neuen Ansprüche der EU –, und der „Transatlantismus“ – das Zusammengehen mit den USA – ernst zu nehmen.

Wir werden uns in den nächsten Ausgaben dieser Zeitung – und wie zu befürchten ist, in den nächsten Jahren – ausführlich mit der EU- und Nato-Nah-/Mittelost-Strategie und ihren brandge-

fährlichen Folgen auseinander zu setzen haben. Fischer nennt als „Dreieck, in dem wir strategische Weichen stellen können“: „feste Verankerung der Türkei, das ist ganz entscheidend für die Transformationsperspektive. Wir haben die Frage eines zweiten strategisch zentralen Landes, Iran ... Wir haben als drittes eine dauerhafte Lösung des Nahost-Konflikts.“

Wichtige Entscheidungen werden

teien nach wie vor, weil sie bei einer Mitgliedschaft ihre Souveränität eingeschränkt glauben, vor allem in den nord-europäischen Ländern. In Prag warnte auch die Sozialistische Partei der Niederlande, die sich als Beobachter am Projekt beteiligen will, vor dem Eindruck, dass hier die „großen Vier“ – Deutschland, Italien, Frankreich, Spanien – die Feder führen würden, und die kleineren Parteien nur Anhängsel seien. Gerade sie könnten neue Akzente setzen. Für die PDS steht außer Frage, dass eine europäische Linkspartei nur im Konsens arbeiten kann und die Autonomie der nationalen Parteien gewahrt bleibt. Diesem Punkt müsse im Statut große Aufmerksamkeit geschenkt werden, um Befürchtungen, die aus der politischen Struktur der EU und aus der Geschichte der kommunistischen Bewegung resultieren, schon im Ansatz zu entkräften. „Mehr Einheit heißt nicht mehr Zentralismus, sondern heißt aus meiner Sicht mehr Bewegung, mehr Aktivität“, so Gehrcke.

Parteien aus Dänemark, Norwegen, Schweden, Finnland und Island haben sich inzwischen zu einer schon länger geplanten Nordischen Allianz zusammengefunden. In Berlin geht man davon aus, dass sie sich mit Beobachterstatus auch

in einer europäischen Linkspartei engagieren werden. Die Kommunistische Partei Portugals wiederum, die den Berliner Appell nicht unterzeichnet hat, ergriff die Initiative für eine Wahlplattform linker Parteien, auf die es positive Reaktionen gab. Allerdings warnte Modrow davor, hier „Doppelinitiativen zu entfalten“.

In Prag wurde von verschiedenen Parteirepräsentanten immer wieder darauf hingewiesen, dass man zu Hause erst am Anfang der Diskussion stünde. Der Gründungskongress jedoch soll schon am 8./9. Mai in Rom stattfinden. Nicht nur hier teilt die italienische Partei der kommunistischen Wiedergründung (Rifondazione) die PDS-Auffassung: Wir sind nicht zu früh mit unserer Initiative, sondern müssen im Gegenteil viel aufholen.

So dürfte sich der Kreis der Gründungsteilnehmer bis Anfang Mai noch vergrößern – die ungarische Arbeiterpartei und die Sozialistische Partei Rumäniens etwa haben jetzt großes Interesse signalisiert, es gab auch Kontakte mit Vertretern mehrerer Parteien aus Ex-Jugoslawien, allen voran aus Kroatien. Andere Parteien werden sich erst einmal auf die Beobachterrolle beschränken oder in anderer Form mitarbeiten. Hier müssen

schon in den nächsten Wochen fallen. Die gemeinsame Strategie für den Nahen und Mittleren Osten soll erst auf dem G-8-Gipfel am 8.-10. Juni und dann auf dem EU-Gipfel am 17./18. Juni werden, bevor der Nato-Gipfel am 28./29. Juni in Istanbul den Startschuss zur Umsetzung gibt. *scc*

- 1 Fischer entwickelte in seiner Humboldt-Rede die Vorstellung, dass „eine kleine Gruppe von Mitgliedstaaten als Avantgarde diesen Weg (zu einem europäischen Staat – Verf.) vorausgehen d.h. ein Gravitationszentrum aus einigen Staaten bilden (wird)“. Dieses Gravitationszentrum könne „einen neuen europäischen Grundvertrag schließen, den Nukleus einer Verfassung der Föderation“. Siehe dazu: Frank Pieper, 100 Jahre Weltmachtstreben, in: Frank Pieper (Hrsg.), Die EU, „Kerneuropa“ und Osterweiterung, S. 31ff.
- 2 FAZ, 6.3., „Die Rekonstruktion des Westens“. Zitate und indirekte Wiedergabe im Folgenden, sofern nichts anderes angegeben, nach dieser Quelle.
- 3 Siehe PB 5/04, „Welches Europa?“
- 4 Auf die Frage, warum es einer „kontinentalen Dimension“ bedürfe, um „irgendwelche Konflikte beherrschen zu können“, antwortet Fischer: „... weil wir sonst nicht oder nur sehr eingeschränkt handlungsfähig sein werden, und zwar in sicherheitspolitischer, strategischer und ökonomischer Hinsicht. Deswegen hat die EU doch den gemeinsamen Markt, die gemeinsame Währung und die gemeinsame Sicherheits- und Außenpolitik geschaffen.“ Im Übrigen macht Fischer keinen Hehl daraus, dass von solcherart kontinentaler Handlungsfähigkeit eine äußerst disziplinierende Wirkung auf die Entscheidungsprozesse innerhalb der EU ausgehe.
- 5 Stiftung Wissenschaft und Politik, Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit, SWP-Aktuell, Februar 2004: Europa und Amerikas „Greater Middle East“

letztlich auch die demokratischen Entscheidungsmechanismen in den Parteien greifen, und diverse Parteitage stehen erst nach dem Gründungskongress auf dem Programm. Wobei die Frage einer europäischen Linkspartei in der Regel mit der grundsätzlichen Haltung zur Europäischen Union verknüpft ist. Bei den tschechischen Gastgeber des Treffens haben die unterschiedlichen Positionen in der Parteiführung sogar zu heftigen Flügelkämpfen geführt.

Die Initiatoren der Linkspartei jedenfalls wollen den Gründungskongress sehr offen gestalten, jede Partei, die will, könne bis zu zwölf Delegierte schicken; eingeladen seien aber auch alle Interessierten und Sympathisanten. Statut und Programm sollen in den nächsten Tagen international breit veröffentlicht werden. Um den Kongress herum wird es eine Vielzahl offener Foren geben, auf denen auch parteiunabhängige Persönlichkeiten über vielfältige Fragen der europäischen Politik debattieren werden. „Gewiss sind die Risiken groß, doch noch größer veranschlage ich die Chancen, die sich den linken Kräften und Parteien in der EU und in ganz Europa mit einer gemeinsamen Partei bieten“, betonte Hans Modrow in Prag.

Zeuge historischer Ereignisse in Venezuela

Interview mit Botschafter a.D. Otto Pfeiffer, Vizepräsident des Verbandes für Internationale Politik und Völkerrecht

Herr Botschafter, Sie weilten in den letzten Monaten wiederholt in Venezuela. Welchen Anlass gab es für diese Besuche in Caracas?

Ende November/Anfang Dezember 2003 fanden zwei Kampagnen zur Sammlung von Unterschriften statt: Mit der ersten sollte die Abwahl von 38 Abgeordneten des Parlaments eingeleitet werden, von denen die meisten bei dem gegen Präsident Chávez gerichteten Putsch vom April 2002 zur Opposition übergelaufen waren. Die zweite richtete sich gegen 21 Abgeordnete der Regierungspartei und vor allem gegen den Präsidenten selbst. Für diese Aktionen war eine internationale Beobachtung vorgesehen, z.B. durch die Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) und das von Expräsident Jimmy Carter geleitete Carter-Zentrum aus den USA.

Wer hat sich Ihrer erinnert und zu diesem Besuch eingeladen?

Neben den genannten Organisationen sprach das Außenministerium Venezuelas weitere Einladungen an unabhängige ausländische Persönlichkeiten aus, die sich ein Bild vom Verlauf dieses auch international einmaligen Ereignisses machen sollten. Die venezolanische Verfassung von 1999 ermöglicht es, gegen jeden gewählten Amtsträger – vom Gemeindevertreter bis zum Staatspräsidenten – nach der Hälfte seiner Amtszeit ein Abberufungsreferendum zu beantragen, wenn 20 Prozent der Stimmberechtigten das mit ihrer Unterschrift fordern. Das wurde erstmalig praktiziert.

Wer gehörte noch zu dieser internationalen Beobachtergruppe?

Die Gruppe setzte sich aus zehn Frauen und Männern verschiedenster Herkunft und Berufe zusammen, u.a. Parlamentarier, Journalisten, Juristen, Vertreter nichtstaatlicher Organisationen und des Kulturlebens. Sie kamen aus Argentinien, Burkina Faso, Deutschland, Ecuador, Österreich, Portugal und Spanien.

Welche politischen und gesellschaftlichen Kräfte trafen bei dieser Aktion aufeinander?

Es handelte sich um zwei voneinander unabhängige, im Abstand von einer Woche durchgeführte Maßnahmen, zuerst unter der Schirmherrschaft der die Regierung unterstützenden Kräfte und am darauf folgenden Wochenende getragen von der Opposition.

Formal geschah in beiden Fällen dasselbe: An über 2000 Punkten im ganzen Land wurden Unterschriften für die Abwahl der jeweiligen politischen Gegner gesammelt. Unterschiedlich waren aber Stimmung und Erscheinungsbild.

Bei der Aktion der Regierungsparteien fiel das Bemühen auf, die Gangbarkeit friedlicher, demokratischer Wege der politischen Auseinandersetzung zu demonstrieren, zivilisiert und sachlich mit dem politischen Widerpart, der ja als Beobachter überall zugegen war, umzugehen und natürlich durch eine hohe Beteiligung die breite Unterstützung der Regierungspolitik zu manifestieren. Auffallend waren die große Bereitschaft zum politischen Gespräch und die hohe politische Aktivität der einfachen Menschen, die wohl wissen, was sie an politischen und sozialen Errungenschaften zu verlieren hätten, wenn die alten Verhältnisse wiederhergestellt würden.

Bei vielen Anhängern der Opposition dagegen verspürte man Intoleranz, Rechthaberei, Geringschätzung, ja Hass gegen die andere politische Seite und das bedingungslose Streben nach Beseitigung der gegenwärtigen verfassungsmäßigen Ordnung und Wiedereinsetzung



Zwischen 1,5 und 3 Mio. Menschen demonstrierten am 29.2. gegen die von den USA lancierte Politik der Destabilisierung. Bild: www.aporrea.org/

der alten Eliten in ihre Machtpositionen.

Was wollte die Opposition mit der Unterschriftenaktion erreichen?

Sie will vor allem Präsident Chávez und seine Regierung stürzen. Offensichtlich ist sie auf die Unterschriftenaktion in der Hoffnung eingegangen, die innenpolitische Situation destabilisieren zu können. Im Gegensatz zur Regierung hat sie niemals erklärt, dass sie das Ergebnis auch dann anerkennen wird, wenn es ihren Erwartungen nicht entspricht. Es wurden erfundene Zahlen angeblich erreichter Unterschriften genannt, die Objektivität des Nationalen Wahlrats, der die Unterschriften prüft und zählt, wurde in Zweifel gezogen. Je deutlicher zu Tage trat, in welchem Umfang Fälschungen und Manipulationen von der Opposition zu verantworten waren, desto aggressiver wurde ihre Tonart.

Welche Ergebnisse liegen bisher vor?

Während meines kürzlichen zweiten

Aufenthalts hat der Nationale Wahlrat am 2. März ein vorläufiges Ergebnis der Unterschriftensammlung gegen den Präsidenten bekannt gegeben. Danach wurden 1.832.493 Unterschriften als gültig anerkannt, d.h. 619.686 weniger als erforderlich. 377.503 Eintragungen wurden verworfen (Verstorbene, Minderjährige, Ausländer, nicht im Wahlregister erfasste Personen, Mehrfachunterschriften o.ä.), 876.017 bedürfen einer nochmaligen Bestätigung durch die Unterzeichner, weil entgegen der Vorschrift die Eintragung der Personaldaten in die Listen nicht eigenhändig erfolgte. Hier besteht berechtigter Verdacht, dass auch die Unterschrift gefälscht wurde. In vielen Fällen ist das deutlich erkennbar. Es gibt sogar Listen, auf denen die Personalausweisnummern der angeblichen Unterzeichner fortlaufend sind. Allen Personen auf diesen fragwürdigen Listen wird in einer weiteren mehrtägigen Aktion Ende März Gelegenheit gegeben, ihre Unterschriften zu bestätigen.

Nur wenn die Opposition 2.452.179 zweifelsfreie Unterschriften gesammelt hat, würde ein Referendum zur Abberufung des Präsidenten durchgeführt, bei dem, um ihn abzulösen, in geheimer Wahl fast 3,8 Millionen gegen ihn stimmen müssten, d.h. mehr als die, die ihn 2000 wählten – ein illusorisches Ziel.

Als Botschafter der DDR in den Jahren von 1977 bis 1981 hatten Sie ein Land mit einer anderen gesellschaftlichen Struktur kennen gelernt. Wie hatten

Sie heute Venezuela vorgefunden?

Venezuela ist auch heute noch ein Land mit gravierenden wirtschaftlichen und sozialen Problemen. Zwei wesentliche Dinge sind jedoch heute anders als vor 25 Jahren:

Erstens hat das Land einen Weg zur Lösung seiner Probleme zugunsten der bisher Marginalisierten eingeschlagen, indem ihnen ein menschenwürdiges Leben, vor allem der Zugang zu Bildung, gesundheitlicher Betreuung und politischer Mitbestimmung, ermöglicht wird. Und zweitens hat die Mehrheit der einfachen Menschen, die jahrzehntelang von den Reichtümern des Landes und von den Möglichkeiten, seine Entwicklung mitzubestimmen, ausgeschlossen waren, einen erstaunlichen Grad des politischen Bewusstseins erlangt und ist dabei, ihr Schicksal in die eigenen Hände zu nehmen.

Dass dieser Weg auf den erbitterten Widerstand der früher Privilegierten stößt, ist nicht verwunderlich.

Osteuropa-Studie: Konkurrenz benachteiligt Frauen

Der Bericht über die Lage von Wissenschaftlerinnen in Mittel- und Osteuropa sowie den baltischen Ländern bestätigt die Diskriminierung von Frauen im Wissenschaftsbetrieb. Ihr Anteil beträgt 38%, aber der Großteil ist in Bereichen konzentriert, für die nur geringe Fördermittel ausgegeben werden. So sind 54% des akademischen Lehrpersonals Frauen, Männer haben aber immer noch dreifach höhere Chancen, in eine leitende Position zu gelangen. Aufschlussreich ist die Beobachtung, dass der Anteil von Wissenschaftlerinnen in den Ländern am höchsten ist, in denen die Forschungspopulationen am kleinsten sind und wo es die niedrigsten Forschungsausgaben pro Kopf gibt. Daraus schlussfolgert die Studie, dass Frauen aus dem Forschungsbereich herausgedrängt werden, sobald sich der Wettbewerb aufgrund höherer Fördermittel verschärft. (Quelle: DW)

US-Regierung verbietet Abdruck wissenschaftlicher Beiträge aus „Feindstaaten“

Ein neuer Erlass verbietet Wissenschaftsmagazinen den Abdruck von Beiträgen aus Libyen, Sudan, Iran und Kuba. Die Regierung stützt sich mit ihrem Verbot, das sie den Verleger der einschlägigen Zeitschriften per Brief mitteilte, auf die Wirtschaftsembargos, die die USA gegen die genannten Länder aufrechterhält. Die Maßnahme zielt allem Anschein darauf, auch wissenschaftliche Texte als Feindpropaganda zu behandeln. Wer dagegen verstößt, muss mit einer Geldstrafe bis zu 50.000 \$ rechnen. Zahlreiche Wissenschaftsverbände haben angekündigt, sich der Zensur widersetzen zu wollen, u.a. die Amerikanische Vereinigung zur Förderung der Wissenschaften, die das renommierte Science-Magazin verlegt. (Quelle: Telepolis)

Zusammenstellung: scs



Proteste der Roma in der Slowakei

Die schweren Auseinandersetzungen, die die Ostslowakei Ende Februar erschütterten, werfen ein Licht auf die Diskriminierung der Roma in der Slowakei. Die jüngsten so sogenannten Reformen, mit der die Regierung in Bratislava das Land auf die Ansprüche der ausländischen Investoren trimmt, treffen in besonderer Härte eben die Roma. 90% der in der Slowakei, großteils im ärmeren Osten, lebenden ca. 500.000 Angehörigen dieser Minderheit sind arbeitslos. Die Kürzung der Sozialhilfe und des Arbeitslosengeldes für Langzeitarbeitslose um 50 Euro auf 38,5 Euro/Monat für Alleinstehende bzw. 90 Euro für Familien stürzt viele von ihnen vollends ins soziale Elend. Als einige Roma in der letzten Februarwoche in Trebisov einen Supermarkt plündernten und dabei riefen: „Wir brauchen etwas zu essen!“, war das keine Dramatisierung der Situation. Die Unruhen weiteten sich rasch aus. Die Staatsmacht reagierte mit dem Einsatz von 20.000 Polizisten und erstmals auch der Armee. Die Roma-Siedlungen wurden praktisch besetzt. 126 teilweise wahllos aufgegriffene Roma wurden verhaftet, das „Europäische Zentrum für die Rechte der Roma“ berichtet von illegalen Hausdurchsuchungen und Schlägen in Polizeigewahrsam. Eine zunächst geplante zentrale Demonstration der Roma wurde unter diesen Bedingungen abgesagt. Nach einer Woche flauten die Proteste ab, nachdem die Regierung ihre Kürzungen teilweise zurückgenommen hatte. Vertreter der Bürgerinitiative der Roma (Roi) kritisierten die Maßnahmen jedoch als unzureichend. So sollen z.B. Bedürftige eine Mietbeihilfe erhalten. Viele leben aber in illegal errichteten Bretterbuden ohne fließendes Wasser, Strom und Kanalisation. Andere Sofortmaßnahmen sind eher zusätzlich diskriminierend. So soll die Sozialhilfe wöchentlich ausgezahlt werden, teilweise aber in Naturalien, da Roma, so die „Begründung“, mit Sozialgeldern nicht richtig umgehen könnten.

An der verzweifelten Lage der Roma

und ihrer systematischen Diskriminierung wird sich auf diese Weise nichts ändern. Ein Entwicklungskonzept für den Osten der Slowakei ist nicht erkennbar. Das ausländische Kapital investiert ausschließlich in den Westen, im Osten liegt die Arbeitslosenquote bei offiziell 30%. Die Roma, die auch im realen Sozialismus kaum eine Ausbildung bekamen und zu ca. 90% zur Gruppe der schlechtqualifizierten Arbeiter zählten, oft als Helfer in der Landwirtschaft arbeiteten, waren die ersten, die bei der Schließung der landwirtschaftlichen Genossenschaften und der staatlichen Industriebetriebe auf die Straße flogen. Hinzu kommt, dass zahlreiche Gemeinden seit Mitte der 90er Jahre die systematische Gettoisierung der Roma betrieben. In Kosices z.B., dem Zentrum der Unruhen, wurden die Roma 1995 aus dem Stadtzentrum ausgesiedelt und in einer Plattsiedlung namens Lunik IX außerhalb der Gemeinde angesiedelt, gleichzeitig wurden den bisherigen Bewohnern von Lunik IX andere Wohnungen zugewiesen, so dass ein regelrechtes Roma-Getto entstand. Ähnliches geschah auch in anderen Orten wie Nitra und Presov. (Quelle: Romnews, versch. Berichte)



Bushs Tour durch Kalifornien, mit der er finanzielle Unterstützung für seinen Wahlkampf eintrieb, stieß allorts auch auf Protest. Die Friedensbewegung nutzte die Gelegenheit, wie hier in Santa Clara, für den weltweiten Aktionstag gegen die Besatzung des Irak am 20. März zu mobilisieren

BERLIN, KÖLN, STUTTGART. Im Rahmen des europaweiten Aktionstages werden auch in Deutschland am 3. April Demonstrationen gegen Sozialabbau und für soziale Sicherheit stattfinden. Neben den drei zentralen Demonstrationssorten Berlin, Köln und Stuttgart sollen in zahlreichen Kommunen, in Betrieben und an Schulen dezentrale Aktionen durchgeführt werden. Gewerkschaftliche Arbeitsloseninitiativen werben mit diesem Button für die Demonstrationen und verteilen dazu Flugblätter vor den Arbeitsämtern. Ihre Forderungen lauten: „Einkommen zum Auskommen! Für eine ausreichende Arbeitslosenunterstützung, die zum Leben reicht! Gute Angebote statt Schikanen! Wir wollen sinnvolle Hilfen und Angebote vom Arbeitsamt und keine sinnlosen Pflichten wie etwa erzwungene, perspektivlose Maßnahmen oder unzählige, nichts nutzige Bewerbungsnachweise! Gute Arbeit statt Billig-Jobs! Arbeitszeit verkürzen, öffentliche Investitionen erhöhen – das schafft mehr Arbeit und mehr Lebensqualität! Reiche und Vermögende zur Kasse bitten! Für eine Steuer auf große Vermögen!“ www.erwerbslos.de. – In der Homepage der Gewerkschaft ver.di gibt es unter der Adresse www.verdi.de/kampagnen_europaeischer_aktionstag eine Art Übersicht zu örtlichen Aktionen und Demonstrations-Vorbereitungen. attac stellt auf seiner Homepage ebenfalls Materialien vor: www.attac.de/demo3.4



Am 13. März Demonstration für den Wiederaufbau der Synagoge

BOCHUM. „Stoppt den Synagogenbau“ lautete das Motto für die geplanten NPD-Demonstrationen am 13. und 20. März in Bochum. Die Aufmärsche sind vorerst gestoppt: Das Oberverwaltungsgericht (OVG) Münster hat die Kundgebungen am 2.3.2004 untersagt. Die Aktionen gegen das Neubau-Projekt der jüdischen Gemeinde erfüllten den Tatbestand der Volksverhetzung und seien „eine versamlungsrechtlich nicht hinnehmbare Provokation“.

Damit bestätigte der 5. Senat des OVG eine Verbotsverfügung des Bochumer Polizeipräsidenten Thomas Wenner und hob die Entscheidung des Verwaltungsgerichts Gelsenkirchen vom Februar auf.

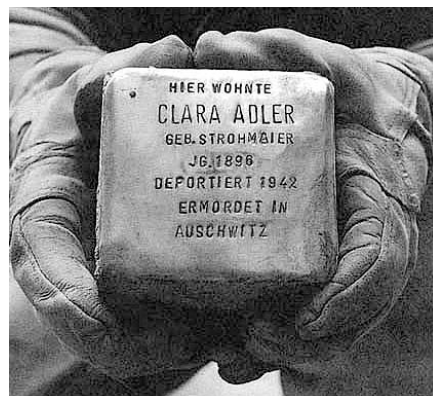
Kernaussage des OVG-Urteils ist das Motto des NPD-Aufmarschs „Stoppt den Synagogenbau – Vier Millionen fürs Volk!“. Besonders der Zusatz, der die Beteiligung der öffentlichen Hand am Neubau aufgreift, habe „offenkundig eine antisemitische Grundrichtung“, „richtet sich in hetzerischer Weise“ gegen die Juden und grenze sie aus, argumentieren die Richter. So heißt es im Aufruf auch: „Geld, das an Juden fließt, fließt nicht dem Volk zu“. Hierin sehen die Richter eine eindeutige Anknüpfung an nationalsozialistische Ideologie. Eine Änderung am Motto würde den Entschluss nicht ändern. (Az.: 5 B 392/04). (NRZ 3.03.04)

Während die NPD Beschwerde vor dem Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe gegen den ihrer Meinung nach „skandalösen Beschluss“ einlegen will, mobilisieren die Gegner der Nazi-Demo zu einer Demonstration für den Wiederaufbau der Synagoge: „Wir begrüßen die Wiederentfaltung jüdischen Lebens in unserer Stadt. Daher werden wir am 13. März mit Entschiedenheit für den Bau der Synagoge auf die Straße gehen. Und sollte der Neonazi-Aufmarsch in letzter juristischer Instanz nicht verboten wer-

den, sind wir entschlossen, ihn zu verhindern; wenn nötig auch mit Mitteln des zivilen Ungehorsams.“ www.pds-nrw.de

Initiative Stolpersteine – Gedenken an Opfer des Nationalsozialismus

STUTTGART. Im Oktober 2003 wurden von Gunter Demnig in Stuttgart die ersten 34 Stolpersteine für ermordete ehemalige jüdische Bürger und Bürgerinnen und andere Opfer des Nationalsozialismus vor ihren früheren Wohnsitz verlegt. Die Verlegung stieß auf ein großes Echo in der Stuttgarter Öffentlichkeit. Stark war auch die Resonanz bei emigrierten Angehörigen. Es ist für sie offensichtlich von großer Bedeutung, wenn die Opfer aus ihrer Familie in Stuttgart nicht vergessen werden. Am 26. und 27. März 2004 kann Gunter Demnig weitere 38 Stolpersteine verlegen. Ein Teil der Verlegung wird wieder in Stuttgart-Ost stattfinden, erstmals werden – aufgrund der Angehörigenwünsche – auch Steine in Mitte und Nord verlegt. Die Initiative Stolperstein hofft, das sich in den verschiedenen Stadtteilen weitere Bürgerinnen und Bürger zusammenfinden, um das Anliegen zu realisieren: „Die Stolpersteine werden auf den Bürgersteigen verlegt, die Eigentum der Stadt Stuttgart sind. Die Stolpersteine gehen dadurch in ihr Eigentum über.



Mit einem Stolperstein „schenken“ Sie also der Stadt ein Kleindenkmal, das an die unheilvollen Geschehnisse erinnert – zur Mahnung an die nachfolgenden Generationen.“

Lokalberichte Stuttgart Nr. 5/2004

Ehemaliger Richter stellt Strafanzeige wegen Verfolgung Unschuldiger

DORTMUND. Anfang Dezember hat die Staatsanwaltschaft Dortmund die Räume der Privatwohnung von Landessprecher Ulrich Sander und die der VVN/BdA NRW in Wuppertal durchsucht – der Computer wurde beschlagnahmt. Landessprecher Sander habe Amtsanmaßung begangen, er habe Briefe gefälscht, die im Namen von Oberstaatsanwalt Maas an ehemalige Gebirgsjäger – alle als ehemalige Gebirgsjäger der Wehrmacht die potentiellen Mörder von Kephallonia – geschickt worden seien. Seitdem läuft ein Ermittlungsverfahren gegen ihn. Obwohl die Ermittlungen keine Beweise gegen Ulrich Sander ergeben haben, ermittelt die Dortmunder Staatsanwaltschaft weiter. Dies hat jetzt der ehemalige Richter Christian Uliczka zum Anlass genommen, Strafanzeige gegen Unbekannt zu stellen wegen „wissentlicher Verfolgung Unschuldiger“. In seiner Strafanzeige heißt es: „Ich war, von 1960 an, gut 34 Jahre lang in NRW als Richter tätig. Dass sich, im relativ aufgeklärten Klima meines Bundeslandes, eine Justizbehörde derart vor den Karren einer verstockten Gebirgsjägeri und ihrer reaktionären Beschützer spannen lässt, empfinde ich nicht nur als Skandal, sondern auch als Schädigung des Ansehens der Justizjuristen des Landes und damit auch der Richterschaft. Um dem entgegenzutreten, erstatte ich gegen diejenigen, mir nicht bekannten, Personen, die die ungerechte Strafverfolgung Ulrich Sanders verantworten, Strafanzeige wegen wissentlicher Verfolgung Unschuldiger.“

www.nrw.vvn-bda.de

IPPNW wirbt „Wir kaufen Hanau“ und ein kritischer Kommentar dazu

BERLIN. Am 3. März 2004 berichtet die IPPNW (Internationalen Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges): „Die Resonanz auf die Aktion „Hanau selber kaufen“ ist überwältigend: in nur sechs Tagen zeichneten 2.500 potenzielle Käuferinnen und Käufer in ihren Kaufbeteiligungserklärungen mehr als eine Viertel Million Euro (253.816,41 Euro), um den Export der Brennelementefabrik nach China zu verhindern. „Das ist eine deutliche politische Aufforderung an die Regierung, das gefährliche Plutonium-Geschäft mit China zu stoppen. Wir ertrinken in Glückwünschen, Kaufbeteiligungen und Anregungen zur Aktion“, sagt Ute Watermann, Sprecherin der IPPNW.

Die IPPNW-Initiative, die vom BUND (Bund für Umwelt und Naturschutz), Greenpeace und dem BBU (Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz) unterstützt wird, sucht weitere Mitkäufer. „Man kann doch die Doppelzüngigkeit der Regierung nicht mitmachen. Auf der einen Seite schalten wir ab, auf der anderen Seite verkaufen wir nach China“, sagt Peter Sodann, Tatortkommissar und Intendant des Neuen Theaters in Halle. Prominente und Politiker machen Siemens das bessere Angebot. Sie wollen die Hanauer Plutoniumfabrik für 50 Millionen und einen Euro kaufen bevor sie nach China geht. China bietet bloß 50 Millionen Euro. „Wir wissen nicht, was China mit der Apparatur machen wird. Auf irgendwelche Garantien gebe ich gar nichts“, sagt Schriftsteller Erich Loest.

Soweit das Projekt „Wir kaufen Hanau“, zu dem es auf der Homepage www.hanauselberkaufen.de weitere Informationen gibt.

Peter Strutynski vom Bundesausschuss Friedenspolitischer Ratschlag hat dazu einen ausführlichen Kommentar erstellt, in dem es u.a. heißt: „Mir scheint, dass der Ansatz der IPPNW in eine problematische Richtung führt. Warum sollte ausgerechnet der Markt, der für viele Ge- und Verbrechen auf unserer globalisierten Welt verantwortlich ist, zur Heilung eben dieser Gebrechen tauglich sein? Und vor allem: Warum nimmt man nicht die Politik in die Pflicht? Berlin kann über den Hanau-Verkauf an China oder anderswohin entscheiden. Also sollte der Druck auf die Bundesregierung erhöht werden. Unterlässt man dies und lässt sich stattdessen auf Spielregeln des freien Marktes ein, dann bestätigt man indirekt wieder die Schrödersche Auffassung, wonach der Deal zwischen Siemens und China nichts mit Politik, sondern sehr viel mit dem Markt zu tun habe. Berlin wäre aus dem Schneider – und die IPPNW in der Marktwirtschaft ange-

kommen. Nehmen wir einmal den – unwahrscheinlichen – Fall an, dass die IPPNW mit ihrer Aktion tatsächlich 50 Mio. plus 1 Euro mobilisiert, um das Kaufangebot Pekings zu überbieten. Peking wäre doch leicht in der Lage, noch einmal 20 oder 30 Milliönchen draufzusatteln. Der IPPNW würde spätestens dann die Luft ausgehen. Ganz abgesehen davon, dass ein Bruchteil der Summe, die die IPPNW für den Kauf der Atomanlage zusammenkratzen möchte, für die Friedensbewegung sehr hilfreich wäre, um den Kampf gegen die Atomwaffen und deren Export zu unterstützen.“

www.uni-kassel.de/fb10/frieden

Autobahnaktionstag gegen die Verschiebung von Atommüll

AHAUS. Mehrere hundert AtomkraftgegnerInnen beteiligten sich am 28.02.2004 an den Protestaktionen im Rahmen des sog. Autobahnaktionstages. Es war ein gelungener Auftakt und ein Vorgesmack für das, was bei neun geplanten Atommülltransporten aus dem ehem. Forschungsreaktor Rossendorf bei Dresden in das sog. Zwischenlager Ahaus auf den Autobahnen und Bundesstraßen los sein wird. Trotz widrigster Witterungsverhältnisse fanden rund 35 kleinere und größere Widerstandsaktionen in der Nähe von und an den Bundesautobahnen statt. Die Antiatom-Initiativen bekräf-

tigten ihre Forderung, auf den Abtransport der 951 Brennelemente nach Ahaus zu verzichten: „Ein Transport ist überflüssig und als Straßentransport besonders gefährlich. Die Verschiebung des Atommülls bietet keinerlei Sicherheitsgewinn.“

www.bi-ahaus.de

Mildere Strafe für Pazifist und Atomwaffengegner Blach

STUTTGART. Nach knapp vierstündiger Verhandlung ist am 5.03.04 Roland Blach, Landesgeschäftsführer der DFG-VK Baden-Württemberg und Koordinator der Gewaltfreien Aktion Atomwaffen Abschaffen, von Richter Kindermann am Landgericht Stuttgart zu einer Geldstrafe von 30 Tagessätzen à 20 Euro verurteilt worden. Dieser Strafvorbehalt ist auf 2 Jahre als Bewährung ausgesetzt. Das Landgericht hat damit die am 9. Juli 2002 vom Amtsgericht Ludwigsburg verhängte Strafe um zwei Drittel gekürzt. Zudem erhält Blach den als Tatmittel einbehaltenen Computer wieder zurück. Der Atomwaffengegner hatte öffentlich zur „Zivilen Inspektion des Atomwaffenlagers Büchel“ am 30. September 2001 auf-

gerufen, um gegen die völkerrechtswidrige Politik der nuklearen Abschreckung, und der nuklearen Teilhabe der Bundesrepublik zu demonstrieren. Blach: „Das Grundgesetz verpflichtet jeden Bürger in Art. 25, Satz 2, das Völkerrecht in Deutschland umzusetzen. In diesem Sinne war diese Aufforderung eine zivile Aktion im Sinne der Verfassung.“ Sowohl Staatsanwältin Neidhard als auch Richter Kindermann waren von den „höchst ehrenwerten Motiven“ überzeugt. Obwohl durch die verschärfte US-Nuklearpolitik, wonach Atomwaffen in Kriegen und Krisen auch präventiv eingesetzt werden sollen, eine durchaus gegenwärtige Gefahr zu erkenne sei, müsse die Verhältnismäßigkeit der Mittel gewahrt bleiben, gaben beide zu bedenken.

DFG-VK Ba-Württ. – www.stattweb.de

Tacheles e.V. warnt vor Gerichtsgebühren in Sozialgerichtsverfahren

WUPPERTAL. Derzeit läuft eine Gesetzesinitiative zur Einführung von Gebühren im Sozialgerichtsverfahren. Diese sollen zeitgleich mit dem Arbeitslosengeld II eingeführt werden. Das bedeutet: das eine gerichtliche Überprüfung von behördlichem Handeln immer schwieriger wird. Die geplante Regelung würde den betroffenen ALG II-Leistungsempfängern eine zentrale Chance nehmen, sich gegen rechtswidriges Handeln der Behörden zu wehren. Mit dieser Regelung wäre der soziale Rechtsstaat weiter geschwächt. Ein wirksamer Rechtsschutz gegen Behördenwillkür wäre damit nur noch einkommensstarken Personen gewährt.

Ein Beispiel: Der zukünftige Fallmanager der Bundesagentur für Arbeit behauptet, ein SGB II-Leistungsempfänger habe sich nicht ausreichend um Arbeit bemüht. Er verhängt eine zwölfwöchige Sperrzeit. Nach dem neuen SGB II hat der Betroffene somit auch keinen Anspruch auf Wohngeld oder sonstige Leistungen. In der Sperrzeit steht er gänzlich ohne jeden Sozialleistungsanspruch da. Die BA ist nicht bereit, dem Widerspruch abzuhelfen. Es bleibt dem Leistungsempfänger nur die Möglichkeit, die Sperrzeit durch ein einstweiliges Rechtsschutzverfahren beim Sozialgericht überprüfen zu lassen. Bevor die Entscheidung der BA überprüft wird, hat der Betroffene nach den geplanten Änderungen zunächst die 75 Euro Gerichtskosten zu zahlen. Wenn er diese Summe nicht zahlt, wird das Gerichtsverfahren nicht betrieben und es kommt zu keiner gerichtlichen Überprüfung und Entscheidung. Tacheles e.V., eine Selbsthilfeeinrichtung von Einkommensschwachen und sozial Benachteiligten, fordert daher: „Für den genannten Personenkreis muss es weiterhin eine Kostenfreiheit des Verfahrens geben. Jetzt ist das Gesetz noch nicht beschlossen, daher ist es noch möglich darauf Einfluss zu nehmen.“

www.tacheles-sozialhilfe.de



Sozial bereinigter Haushalt contra soziale Stadt Norderstedt

NORDERSTEDT. Bei der letzten Kommunalwahl in Schleswig-Holstein im März 2003 gewann die CDU in der 80.000 Einwohner zählenden Stadt Norderstedt die absolute Mehrheit in der Stadtvertretung. 20 km nördlich von Hamburg gelegen, gehörte diese Stadt bisher zum sogenannten „Hamburger industriellen Speckgürtel“. Die Nähe zur Millionen- und Hafenstadt begünstigte die Ansiedlung zahlreicher kleiner und mittlerer Betriebe und ermöglicht einen großen Austausch von Arbeitskräften. So hat sich die Zahl sämtlicher in der Stadt angesiedelten Unternehmen seit 1987 von 2584 auf rund 4400 erhöht. Norderstedt nennt sich deshalb in Selbstdarstellungen auch gerne das „Powerhouse“ oder die junge aufstrebende Stadt im Norden.

Norderstedt – ein „Powerhouse“

Das hat in den vergangenen Jahren im Vergleich zu anderen Orten im ländlichen Schleswig-Holstein allzu übertriebene soziale Streichiraden des Stadthaushaltes abgemildert. Ganz verschont blieben die Bewohner Norderstedts unter SPD und Grünen-Regierung allerdings nicht. Aber mit Hilfe langandauernder und wiederholter Proteste konnten von Eltern, Jugendlichen und KollegInnen im öffentlichen Dienst einige Versuche abgewendet werden, die auf Gebührenerhöhungen im Kindergarten, Schließung von Jugendhäusern Stellenabbau von Betreuern und Privatisierung des städtischen Reinigungsdienstes aus waren.

Seit Beginn der CDU-Regierung treten die Kämpfe um den Erhalt des sozialen Standards der „Stadt im Grünen“ nun in eine neue Phase!

Finanzielle Streichkonzerte

Die Kürzungen begannen im März 2003. Als erstes wurde der Regionalleiterin für Jugendarbeit in Norderstedt-Mitte der Vertrag nicht verlängert, in deren Folge die Arbeit des *Bauspielplatzes „Holzwurm“* nur noch in begrenztem Umfang stattfinden konnte (von 4 auf 3 Tage). Durch eine raffinierte Umstrukturierung von seiten der CDU können hier zwar wieder „normale“ Öffnungszeiten angeboten werden, aber dem wird fast die gesamte Tätigkeit von Sozialarbeitern im allseits bekannten *Kulturcafé (JuKuCa) am Aurikeltieg* geopfert oder anders ausgedrückt: hier wird praktisch die Schließung der „offenen Jugendarbeit“ bis Ende März 2004 angepeilt. Schon im April 2003 läßt man zunächst die Stelle

„Norderstedt Mitte“ auslaufen, am 1. Juli folgt eine Erzieherinnenstelle in Glas- hütte, weitere 1,75 Stellen (Behörden- deutsch!) sind bald darauf vakant und werden nicht neu besetzt. Die vom Streichkonzert besonders betroffene ehemalige Teestube am Aurikeltieg aus dem Jahr 1974 war bisher ein wichtiger Anlaufpunkt für viele junge Menschen mit persönlichen, sozialen und schulischen Problemen und besonders bekannt für ihre musikalisch-kulturellen Entwicklungen. Sie ist kaum ersetzbar, schon gar nicht durch eine geplante Zusammenlegung mit anderen Jugendeinrichtungen und/oder eventueller Verkauf der Einrichtung an die oberfromme Christliche Gemeinde Norderstedt. Die CDU faselt da von notwendiger und nützlicher Regionalisierung.

Dann nimmt sich die CDU die *öffentlichen Büchereien* von Norderstedt vor. Zunächst werden hier ebenfalls Stellen nicht neu besetzt. Die Folge: Öffnungszeiten müssen verkürzt und die Gebühren angehoben werden. Dann folgt ein direkter Angriff auf die zentral gelegene und erst kürzlich wegen hervorragender Leistung bundesweit prämierte *Bücherei in Garstedt* am Herold Center. Sie soll ganz und gar zu geschlossen werden. Inwieweit die Stadt dabei ein Interesse hat, das dann freierwerdende städtische Gelände zu verkaufen, darüber läßt sich nur spekulieren.

Die nächsten Streichungen bereiten CDU und FDP gemeinsam vor. Sie haben die Verwaltung angewiesen, ca. 70.000 Euro im Sozialbereich zu sparen. Davon betroffenen sind u.a. die *Altenkreise* mit 18.700 Euro und die *Familienberatung*

Pro Familia mit 23.400 Euro. Für den Besuch eines Altenkreises sollen Norderstedts Senioren nach dem Willen der Christ(!)demokraten künftig 31 Cent zahlen. Das träge auch die vorhandenen Tagesaufenthaltsstätten und die *Begegnungsstätte „Senfkorn“*. Solche Ausgaben – für Kaffee und Kekse – seien unter „Luxus“ einzuordnen, so erklärte allen Ernstes Stefan Oettlein, Mitglied der Norderstedter „Jungen Union“, und daher müssten sie von jedem selbst bezahlt werden. Schon vor Jahresfrist wurde den Bewohnern der Altenheime auferlegt, den notwendigen Genuss von Wasser aus eigener Tasche zu bezahlen.

Klar zeigt sich, dass die Tendenz zur Verteilung von unten nach oben weiter fortgesetzt wird. Denn gleichzeitig zu diesen Einschnitten ins soziale Netz wurde die *Privatisierung der Norderstedter Stadtwerke* beschlossen, obwohl diese schwarze Zahlen schreiben und die Kunden mit dem Service, so wie er ist, größtenteils zufrieden sind. Erfahrungsge- mäß gehen mit diesem „aus der Hand geben“ Arbeitsplätze verloren und zur Steigerung der Profite steigen auch die Gebühren. Ein weiterer Teil dieser Umstrukturierungen sind ebenso die von der CDU schon lange geforderte *Privatisierung der „De Gasperi Passage“* – bisher eine „gewidmete“ städtische Straße im Einkaufszentrum Heroldcenter – und die damit einhergehende Vertreibung der Menschen, die sich dort aufhalten. Im Zusammenhang damit stehen Streichungen für die *Tagesaufenthaltsstätten (TAS) für Obdachlose* in Höhe von 14.600 Euro.

Auch die Situation des seit 8 Jahren bestehenden selbstverwalteten *Sozialen*



„Sie sind ein Sparschwein, Herr Bürgermeister!“ – Während einige hundert NorderstedterInnen einzig für einen warmen Händedruck von Bürgermeister Grote und Stadtpräsidentin Charlotte Paschen zum Neujahrsempfang in das Eingangsfoyer der TRIBÜHNE geströmt waren, führten einige NutzerInnen des JuKuCa Böses im Schilde. Ein als Weihnachtsmann verkleideter Aktivist überreichte dem „ersten Mann der Stadt“ einen Offenen Brief und forderte ihn darin auf, nicht wieder zur Bürgermeisterwahl zu kandidieren (Sommer 2004) und drohte ihm zudem nachdrücklich mit der Rute. Doch nicht nur einen Offenen Brief bekam Grote an diesem Mittag im Norderstedter Rathaus – eine weitere Aktivistin übergab dem Bürgermeister ein Plakat, das ihn mit Schweinsnase und der Überschrift zeigt: „Sie sind ein Sparschwein, Herr Bürgermeister!“ Der Bürgermeister nahm das Plakat unbeeindruckt entgegen, Charlotte Paschen reagierte wesentlich unwirscher auf die Kritik und entgegnete barsch, man solle sich doch lieber ein frohes Neues Jahr wünschen, „und es dabei belassen“. Wir werden es „dabei“ natürlich nicht belassen!

Zentrums (unter Selbstverwaltung von Jugendlichen) sieht nicht gerade rosig aus, wenn in knapp zwei Jahren der Nutzungsvertrag ausläuft. Zwar hat die Stadt hierfür noch keinen einzigen Cent bezahlt, weil sie fast ausschließlich in Eigeninitiative aufgebaut wurde, aber gerade der CDU ist das selbstverwaltete Zentrum für Kultur und Politik schon immer ein Dorn im Auge gewesen.

Die letzten aktuellen Ergebnisse der sozialen Sparwut Ende 2003 richten sich gegen das alte Garstedter *Schulgebäude für Drogenberatung*, das verkauft werden soll, und die Förderungsmittel für *außerschulischen Musikunterricht*. Auch die *Kinder-Tages-Einrichtungen* fallen unter den Hammer. In den Sommerferien sollen die Betreuungszeiten eingeschränkt werden.

Es fehlte noch ein radikaler Kahl-schlag im Umweltbereich, auf den nicht lang gewartet zu werden brauchte. Die Mittel für ein bisher vorhandenes *Umweltlabor* wurden gänzlich gestrichen und die festgelegten Aufwendungen für die Arbeit der *Agenda-Gruppen* schrumpfte von 34.000 auf 10.000 Euro, die Mittel für den Klimaschutz wurden halbiert. Es handelte sich dabei um – den meisten CDU-lern gar nicht bekannt – Gelder für Prämien an Schulen und Kindergärten, die durch umweltbewusstes Verhalten Energie eingespart hatten.

Geld ist genug da – nur falsch verteilt!

Tatsächlich kürzt die Verwaltung mit Hilfe der absoluten CDU-Mehrheit im nächsten Jahr so ziemlich alles, was die Stadt bislang für Kultur, Jugend und Soziales ausgegeben hat. Insgesamt wollen der CDU-Bürgermeister Grote und die CDU-Fraktion aber 2004/2005 mehr als 8 Millionen Euro für den Straßenbau ausgeben. Neben im Grundsatz allgemein akzeptierten Projekten, wie dem Umbau der *Ochsenzoll-Kreuzung*, finden sich darunter allerdings auch ideologisch motivierte Aktivitäten, etwa eine Art Liebesdienst für den Jungheinrich-Konzern: Unter anderem auf Wunsch des Gabelstapler-Herstellers soll die *Oadby-and-Wingston-Straße* für bescheidene 3,3 Millionen Euro verlängert, bzw. Jungheinrich-kompatibel verschwenkt werden. Darüber hinaus will man die *Nien-dorfer Straße* großzügig ausbauen.

Interessant auch die Toleranz von Bürgermeister Grote gegenüber dem skandalträchtigen Wirken der *Norderstedter Stadtwerke*. Ebenso fallen dem Kommunalhaushalt zumindest indirekt die Kosten des fragwürdigen *Fernsehsenders „Noa 4“* (grob geschätzt eine Mio. Euro) und die nachhaltigen Verluste des städtischen Prestige-Unternehmens *wilhelm.tel* zur Last. Der Kommunikationsanbieter von Telefonie, Internet und Kabel-TV soll laut „Norderstedter Zeitung“ zuletzt 3,5 Mio Euro Verlust eingefahren haben, was eine dramatische Absenkung der Stadtwerke-Abführungen in die kommunalen Kassen zur Folge hatte.

Sparkassen-Verkauf gestoppt:

STRALSUND. Die Bürgerschaft in Stralsund stoppte das umstrittene Prüfverfahren für den deutschlandweit ersten Verkauf einer Sparkasse an eine Privatbank endgültig. Unmittelbar zuvor hatte der Landtag in Schwerin eine Lücke im Sparkassengesetz Mecklenburg-Vorpommern geschlossen und dem Verkauf öffentlich-rechtlicher Kreditinstitute einen Riegel vorgeschoben. Es ist nun nicht mehr möglich, eine Sparkasse über den Umweg der Auflösung zu veräußern. Im geänderten Gesetz wird der Vereinigung von Sparkassen der Vorrang vor deren Auflösung gegeben. Das Finanzministerium kann Fusionen auch anordnen. Der Deutsche Landkreistag und die Gewerkschaft ver.di begrüßten die Entscheidungen. Hinrich Feddersen vom ver.di-Bundesvorstand betonte, die Sparkassen dürften nicht zu Gunsten des Privatbankensektors geopfert werden. „Wir wollen keine englischen Verhältnisse, wo es in ländlichen Regionen kaum noch Bankfilialen gibt und Wege von 20 Kilometern bis zum nächsten Bankautomaten keine Seltenheit sind.“

Die PDS in Stralsund hatte 7.000 Unterschriften gegen die Verkaufspläne gesammelt.

Die Entscheidung der Stadtverwaltung entspricht offenbar auch der Ansicht der großen Mehrheit der Bürger der Stadt. Wie der Deutsche Sparkassen- und Giroverband (DSGV) in Berlin bekannt gab, hatten 86 Prozent der Hansestädter in einer Forsa-Umfrage die Meinung geäußert, man sollte etwas gegen den Verkauf der Sparkasse unternehmen. www.ndr.de; ddp.vwd

Saarland will Sparkassen-Verkauf zulassen:

SAARBRÜCKEN. Nach den gescheiterten Plänen für einen Verkauf der Sparkasse Stralsund will nun das Saarland die sieben Sparkassen im Land für eine Beteiligung von Dritten öffnen. Nach den Plänen von Wirtschaftsminister Hanspeter Georgi soll das novellierte Sparkassengesetz sowohl ein Verschmelzen von Sparkassen mit Genossenschaftsbanken als auch eine Beteiligung von Privatbanken ermöglichen. Georgi sagte in einem Interview der „Börsen-Zeitung“: „Nach meiner Überzeugung müssen Beteiligungen Dritter an Sparkassen möglich sein, damit das Eigenkapital der Sparkassen gestärkt werden kann.“ Die öffentlichen Hände seien dazu finanziell nicht in der Lage. Nach dem Gesetzentwurf erlaube das Modell der Sparkassen-AG eine Beteiligung von bis zu 49 Prozent.

Eine Reform des Sparkassengesetz werde es aber vor den saarländischen Landtagswahlen im September 2004 nicht geben. www.tagesschau.de

Kommunen fordern mehr Service von der Post:

FRANKFURT/MAIN. Die

kommunalen Spitzenverbände lehnen das jüngste Serviceangebot der Post als „Mogelpackung“ ab und fordern vom Gesetzgeber strengere gesetzliche Vorgaben. Die Post hatte im Verlauf des Jahres 2003 etliche tausend Briefkästen bundesweit abgehängt und vielerorts Filialen zugemacht. Nun versucht die Post offenbar aktuell, einer gesetzlichen Fest-schreibung und Verschärfung von Postdienstleistungen durch eine Selbstverpflichtung zuvorzukommen, die jüngst als Katalog von Dienstleistungsangeboten den Landesregierungen zugestellt wurde. Die Offerte sichert u.a. zu, bis Ende 2007 bundesweit 100.000 Briefkästen bereit zu stellen. Ferner soll es in Wohngebieten mit mehr als 3.000 Einwohnern wenigstens eine Postagentur geben. Gesetzesinitiativen aus Hessen und Niedersachsen fordern einen Schwellenwert von 2.000 Einwohnern.

www.kommunale-info.de

„Bambule Reloaded“: HAMBURG. Die GAL-Abgeordnete Antje Möller befürchtet eine erneute Eskalation wegen der verfügbaren Räumung des Bauwagenplatzes „Henriette“: „Die Räumungsverfügung will Noch-Bausenator Mettbach der Stadt offenbar als sein unsäglich Vermächtnis hinterlassen. Aus der CDU scheint es niemanden zu kümmern, dass sie mit ihrer Räumungsveressenheit Auseinandersetzungen provoziert und Probleme schafft, wo keine sind.“

Seit 1995 wird der Platz vom Bezirk Eimsbüttel auf einer städtischen Brachfläche toleriert. Gleichzeitig wurden Vertragsverhandlungen vorangetrieben, die im Sommer 2003 vor einem positiven Abschluss standen. Um eine Vertragsunterzeichnung zu verhindern, zog die Baubehörde im November 2003 das Verfahren an sich und verweigerte Bezirk und BewohnerInnen eine vertragliche Regelung. Im November 2003 wurde von der Baubehörde eine Räumungsverfügung zum 31.03.2004 ausgesprochen. Der Platz soll ersatzlos aufgelöst werden. Dabei gibt es keinerlei Probleme mit der Nachbarschaft oder Pläne, das Gelände anders zu nutzen. Die „Henriette“ ist fest im Stadtteil verankert und besitzt viele Sympathien unter den Nachbarn.

Anlass zur Räumung ist laut Bausenator Mettbach allein der politische Wille, die Koalitionsvereinbarung von 2002 umzusetzen und alle Wagenplätze zu räumen. Für den 31.8.04 droht der Senat schon mit der nächsten Räumung am Wendebecken in Barmbek.

Bewohner und Sympathisanten rufen indessen bundesweit zu einer Aktionswoche zur Verteidigung der Wagenplätze auf.

www.gal-fraktion.de; indymedia

Zusammenstellung: ulj

Die *Entwicklungsgesellschaft egno* bildet nach wie vor mit ihrem „Millionengrab“ *LDC (Logistik- und Distributions-Centrum)* die Spitze des Eisberges. Nachdem hier bereits 20 Millionen Euro in den flughafennahen Sümpfen an der Niendorfer Straße versenkt wurden und der vermeintliche Partner HOCHTIEF absprang, sind erneut bis zu 20 Millionen Euro kreditfinanzierter Investitionen angedacht, um die angekauften Flächen wenigstens wieder verkaufen zu können. Nach 4,3 Millionen Euro Eigenkapital aus den Norderstedter Haushalten der Jahre 2002 und 2003 sollen nun in 2004 erneut 1,1 Millionen Euro an die egno fließen. „Ökonomisch wie ökologisch ein Desaster“ kommentiert die GALiN.

Der Bürgerwille siegt

Mit den Stimmen der CDU und FDP hatte Stadtvertretung am 2. September 2003 beschlossen, das gut gehende städtische Unternehmen „Eigenbetrieb Stadtwerke“ für Energie und Wasser in eine GmbH umzuwandeln. Auf Initiative der GALiN (ehemals Grüne, die sich seit dem Afghanistan-Krieg neu gegründet haben) und der Norderstedter Bürgerpartei wurde sofort eine Bürgerinitiative gegen diesen Beschluss und für ein Bürgerbegehren ins Leben gerufen, mit dem Ziel, den Betrieb gegen privatwirtschaftliche Interessen als städtische Einrichtung zu behalten. Mit Unterstützung einiger Kräfte der SPD (die zuvor ebenfalls Pläne für eine allmähliche Privatisierung gehabt hatte) der PDS und der DKP, sowie vorhandenen linker Organisationen und Gruppen war die Initiative „Pro Eigenbetrieb Stadtwerke“ aber vor allem eine Sache „der Straße“. Besonders ältere BürgerInnen Norderstedts betonten immer wieder ihre Verbundenheit mit der lokalen Einrichtung, aber auch mit dem Gedanken, dass man darüber „demokratisch“ selbst bestimmen wolle. Erfolgreich wurden innerhalb von 6 Wochen bis Anfang Oktober 9.803 Unterschriften gesammelt – 5.944 wären genug gewesen (10% der Wahlberechtigten der Stadt)! Die Norderstedter CDU beugte sich dem Bürgerwillen – zumal sogar ihr eigener ehemaliger Stadtrat Messfeldt aus demokratischen und wirtschaftlichen Erwägungen – „...glaubt jemand ernsthaft, dass die Stadtwerke, die keinen Strom produzieren, sich mit den von den „Großen“ gekauften Strom als Weiterverkäufer in Konkurrenz zu den gleichen „Großen“ am Strommarkt erfolgreich behaupten können?“ Die CDU musste einlenken, indem sie ihren eigenen Beschluss zurücknahm und die Stadtwerke – allerdings nur für die nächsten zwei Jahre – in der jetzigen Rechtsform bestehen lassen will. Dieser erste Erfolg gegen CDU-Mehrheitsbeschlüsse ließ auch in anderen Bereichen den Gedanken an Widerstand wachsen.

JuKuCa: wir bleiben

Bald nach Bekanntwerden der CDU-Maßnahmen gegen das Jugendzentrum JuKuCa formierte sich heftiger Widerstand: Protestschreiben, Flugblätter und hartnäckige Verhandlungen mit dem „Ausschuss für junge Menschen“ der CDU. Allerdings ohne Erfolge für die jungen Menschen!

Seit dem 21. August finden immer wieder kleine Demonstrationen vor das Rathaus statt, wenn dort die Stadtvertretung tagt, inzwischen ist das zur Regel geworden und wird von den verschiedensten anderen Initiativen unterstützt. Die CDU bot unter diesem Druck einen faulen Kompromiß an. Man wollte die Einrichtung entweder sofort schließen oder die Jugendlichen sollten sich bereit erklären, übergangsweise den „Offenen Bereich“ selber zu organisieren. Das zielte auf eine simple Öffnung des Hauses ohne jegliche pädagogische Betreuung. Undenkbar! Man einigte sich schließlich gezwungenermaßen auf drei feste Tage, an denen eine „Art Ansprechpartner für den Notfall“ vor Ort wäre.

Der Protest weitet sich aus. Am 16. Dezember 2003 demonstrieren 150 Jugendliche vor dem Rathaus gegen die Stadtvertretung für „eine soziale Stadt“ und eine CDU, „die lieber Straßen baut, als sich um Jugendliche, Kinder und Senioren zu kümmern“. Zu ihnen haben sich inzwischen weitere Kreise gesellt: die empörte Elternbeiratsvorsitzende vom Kindertagesheim Tannenhof, eine Vertreterin der Bürgerinitiative gegen den (dritten!) Autobahnanschluss in Norderstedt-Mitte, VertreterInnen vom Sozialen Zentrum, GewerkschafterInnen von ver.di, der IG Metall und IG Bau. Man erfährt, das auch gegen die Kürzung der Gelder für den Bauspielplatz und die Stadtbücherei Garstedt Unterschriftensammlungen Druck gemacht wurde. Eine sozial ungerecht behandelte Stadt formiert sich. Trotzdem beschließt an diesem Tag die CDU, durch „Verwaltungsreform“ im Jugendbereich ca. eine Mio. Euro zu sparen. Das sind 50% des bisherigen Haushaltsvolumens. Das Jugend-Café am Aurikelstieg soll Ende März völlig geschlossen werden.

Auch im neuen Jahr 2004 setzt sich der regelmäßige monatliche Protest fort, er wird noch bereichert durch die Gründung und Teilnahme einer weiteren großen Initiative im Bildungsbereich (davon berichten wir später). „Wir werden solange wiederkommen, wie es nötig ist“, heißt es in einem der Redebeiträge. Immer mehr nimmt der Widerstand die Form eines breiten Bündnisses „für eine soziale Stadt“ an.

Quellen: Berichte und Presseerklärungen von Avanti, Info Archiv, JuKuCa, Pro Eigenbetrieb Stadtwerke, Soziales Zentrum, GALiN, PDS, sowie örtlichen Zeitungen: Heimatspiegel, Nadelstiche, Norderstedter Zeitung



Hamburger Senatswahl

Es gibt nichts zu beschönigen

HAMBURG. Zwar hat Schill in seinen beiden Varianten den Wiedereinzug deutlich verpasst, ebenso die FDP. Aber zum zweiten Mal hintereinander hat sich der Bürgerblock – um einen durch die Springer-Presse im 2001er Wahlkampf gebrauchten Begriff für das rechte Lager jenseits von Rot-Grün aufzugreifen – in der ehemals sozialdemokratischen Hochburg Hamburg als mehrheitsfähig erwiesen. Innerhalb des Bürgerblocks hat die CDU an Stimmen aufgesogen, was die Schill-Parteien und die FDP verloren haben, und so einen erheblichen Stimmenzuwachs und die absolute Mehrheit der Sitze erreicht. Eine detailliertere Analyse der CDU-Ergebnisse dürfte interessante Aufschlüsse geben. Aber auch auf den ersten Blick ist festzustellen, dass der Konservatismus nach Frankfurt, Köln und anderen Großstädten auch in Hamburg auf dem Weg ist, seine traditionellen Probleme mit der Großstadtbevölkerung und bei (vor allem jüngeren) Frauen¹ zu lösen. Das wirft die gründlich zu erörternde Frage auf, wie ihm das gelingt.

Die Auffassung, der Erfolg der CDU resultiere aus einem weit verbreiteten Bedürfnis, die Politik der rot-grünen Bundesregierung, und insbesondere der SPD, abzustrafen, bietet eine nur unzureichende Erklärung. Eher hat Enttäuschung über die SPD viele frühere SPD-Wählerinnen und -Wähler veranlasst, nicht zur Wahl zu gehen. Auch die These, dass die Medien, namentlich die Springer-Presse, die Themen des Wahlkampfes bestimmen und mit ihrer Macht den Wahlausgang manipulieren, greift zu kurz: Erklärungsbedürftig ist ja, warum welche Themen greifen, welche Erwartungen, Hoffnungen, Ängste sie bedienen und wie diese zu Stande kommen.

Wahrscheinlicher scheint mir erstens: Angesichts des großen Wählerstroms erst v.a. von der SPD zu Schill und dann von Schill zur CDU drängt sich auf, dass sich viele – wahrscheinlich zutiefst verunsicherte – Menschen an die Macht anlehnen, bei Schill 2001 sozusagen an das Prinzip der Macht, jetzt an die CDU als die reale Macht.

Zweitens: Ein erheblicher Teil der Hamburger Bevölkerung (insbesondere Besserverdienende und Akademiker, wie die ersten Wahlanalysen zeigen) richtet ihre Hoffnungen auf die CDU als Partei mit einem Modernisierungskonzept, die Hochtechnologie anzieht, die „Zukunftsbranchen“ wie IT, Medien, Life Sciences wie Medizintechnik und Biotechnologie, Nanotechnologie, Luftfahrtindustrie entwickelt, Forschungseinrichtungen fördert, Hamburg als Standort moderner Dienstleistungen sichert und ausbaut, mit dem „Sprung über die Elbe“ u.ä. lang angestaute Strukturprobleme anpackt

Ergebnisse der Hamburger Bürgerschaftswahlen 2004 im Vergleich zu 2001

	2004		2 001	
SPD	251.397	30,5%	310.362	36,5%
CDU	388.660	47,2%	223.015	26,2%
GAL	101.230	12,3%	72.771	8,6%
FDP	23.408	2,8%	43.214	5,1%
Schill*	28.773	3,5%	166.945	19,6%
Regenbgn	9.221	1,1%	14.217	1,7%

* bei „Schill“ handelt es sich 2001 um die Schillpartei (Offensive) plus Pro DM, 2004 um die Offensive plus Pro DM/Schill

In den Wahlen zu den Bezirksversammlungen erhielten Regenbogen bzw. die PDS folgende Ergebnisse (2001: Stimmen von Regenbogen und PDS, sofern beide kandidierten, addiert)

	2004	2001
Altona (PDS)	1.944	6.194
Bergedorf	508	968
Eimsbüttel	2.948	4.735
Mitte	2.736	3.976
Nord	2.494	4.300
Harburg	948	1.373
Wandsbek (PDS)	1.263	3.269

usw. usf. Die CDU hat den Eindruck vermitteln können, Zukunft zu bieten. Sie hat sich, das hat gerade Ole von Beust vermitteln können, selbst modernisiert und damit – z.B. durch Anerkennung unterschiedlicher Lebensweisen – Barrieren beseitigt, die ihr vormals den Zugang zu vielen Großstadtmilieus verbaut haben.

Ob ihr Entwicklungskonzept, das auf schroffer sozialer Polarisierung gründet und auf Repression der Bevölkerungsteile, denen es jede Zukunft von vornherein verbaut, ob also dieses Entwicklungskonzept greift und die Hoffnungen, die es bei den bessergestellten Gruppen der Bevölkerung weckt, auch erfüllen kann, steht auf einem ganz anderen Blatt. Wichtig scheint mir, dass ein Gut Teil der Opposition, die sich gegen Vorhaben und Taten des Beust-Senats richtete und richtet, sich eher als Korrektur am CDU-Modernisierungskurs versteht denn als grundlegende Opposition mit alternativen Entwicklungsoptionen. Anders ist kaum zu erklären, dass die massive Ablehnung des brutalen Privatisierungskurses, wie sie im Ergebnis des LBK-Volksentscheids zum Ausdruck kommt, die CDU buchstäblich nichts gekostet hat.

Die SPD hatte der CDU nichts entgegenzusetzen außer fadenscheinigen Lügen – wie der, dass die SPD bei einem Wahlerfolg das LBK nicht verkaufen werde – oder Versuchen, die CDU noch zu übertrumpfen, z.B. durch Forderung nach mehr Polizei auf den Straßen.

Aber Schadenfreude über das SPD-Abschneiden ist unangebracht. Das Wahlergebnis für die linke Wahlalternative Regenbogen, die von Regenbogen selbst, der PDS, DKP, SAV, Linksruck und unorganisierten Linken unterstützt wurde, ist denkbar schlecht.² Zwar war ein solch schlechtes Wahlergebnis zu befürchten, aber das macht es auch nicht besser. Erklärungen, die auf die kurze Zeitspanne, die schwierigen Konstellation

und die undemokratische 5%-Hürde abheben, sind zwar nicht völlig falsch, gehen aber am Kern des Problems vorbei. Das schlechte Wahlergebnis, an dem es nichts zu rütteln gibt, hängt eng mit dem Niedergang der SPD zusammen und markiert einen tiefen Einschnitt.

Von dem Tag, an dem von Beust das Ende der Koalition verkündete, bis zum Wahltag waren zwei scheinbar entgegengesetzte, tatsächlich eng miteinander zusammenhängende Phänomene zu beobachten. Auf der einen Seite machte sich in der Linken bis weit in die Reihen der die Regenbogen-Kandidatur tragenden Kräfte hinein eine starke Tendenz zur Wahl von Rot-Grün bemerkbar. Aber der anderen Seite fehlte es nicht an ebenso verzweifelte wie vergeblichen Bemühungen, vor Rot-Grün und v.a. der SPD als vermeintlich kleinerem Übel zu warnen – beides Ausdruck starker Fixiertheit auf die SPD.³

Meines Erachtens machen das Erstarken des Konservatismus und der Niedergang der SPD nun unvermeidlich, dass sich die Linke von der Vormundschaft der SPD befreit. Gerade in Hamburg hat sich die Linke unter der Ägide der SPD entwickelt, die hier jahrzehntelang nahezu unangefochten regierte und dabei so manches an „Staatsknete“ auch für linke Projekte locker machte. Die Linke bezieht ihre Legitimation im Wesentlichen aus der ideologischen Abgrenzung von der SPD, kaum aber durch wirkliche Alternativen für die Entwicklung, die diese Stadt, diese Gesellschaft konkret nehmen soll. Das reicht nun endgültig nicht mehr, und das scheint mir eine Hauptursache dafür, dass wir trotz des erheblichen Protestes, auf den der Rechtssensat in den letzten beiden Jahren stieß, dem Erstarken des Konservatismus nur wenig Paroli bieten konnten. Es wird nun darüber zu beraten sein, ob und wie das Bündnis, das sich anlässlich der Neuwahlen gebildet hat, weiterarbeitet. Wenn sich aus der Zusammenarbeit bei den Wahlen eine stetigere Kooperation entwickeln soll, dann kommt es meines Erachtens darauf an, ob man sich auf gemeinsame Projekte verständigen kann, die aus dem Tal, in dem wir uns befinden, heraushelfen.⁴ *Christiane Schneider*

¹ Auch bei den Frauen liegt, bei allen Altersgruppen, die CDU vor der SPD. Das hat es in Hamburg meines Wissens noch nicht gegeben.

² Das gilt für das Ergebnis von Regenbogen bei den Bürgerschaftswahlen wie bei den Wahlen zu den Bezirksversammlungen und noch mehr für das Ergebnis der PDS in den Bezirken Altona und Wandsbek.

³ Eine geradezu peinlich-dümmliche Variante lieferte wieder einmal die Liste Links, die die Unterstützung der PDS für die linke Wahlalternative vehement bekämpfte und für eine PDS-Kandidatur als Glaubensbekenntnis für den Sozialismus eintrat, während sie gleichzeitig landauf, landab für die Wahl der SPD warb und sich jede Kritik an der SPD-Politik verbat.

⁴ Allerdings scheint es, wie die ersten Stellungnahmen deutlich machen, tiefgreifende Differenzen darüber zu geben, ob wir uns überhaupt im Tal befinden.

Zentralverband des Deutschen Handwerks (ZDH) gegen Erbschafts- und Vermögenssteuer.

HB, Di., 2.3.04. – „Jedes Drehen an der Erbschaftssteuer und allein die Diskussion um die Wiedereinführung der Vermögenssteuer belastet die Betriebsübergaben im Mittelstand. Das gefährdet 100 000 Arbeitsplätze. Richtiger wäre, die Bemessung der Erbschaftsteuer an die Dauer der Betriebsfortführung zu koppeln, was andere europäische Länder erfolgreich vormachen. Die Regierung muss sich ... fragen, auf wen sie ihren Eid geschworen hat: Geht es um das Wohlergehen des gesamten Volkes oder um die Befriedigung der Parteilinken in der SPD?“ (D. Philipp, Präsident des ZDH)

DIHK fordert Senkung der „Lehrlingsvergütungen“.

HB, Do. 4.3.04. – Neben der Drohung, dass bei Einführung der staatlichen Ausbildungsplatzabgabe die Betriebe die Lehrstellenangebote um 40 000 reduzieren würden kritisierte DIHT-Chef M. Wansleben die Höhe der Vergütungen der Auszubildenden. *FR, Sa., 6.3.04.* M. Rogowski, BDI, bezeichnete die Ausbildungsplatzabgabe als „eine bürokratische Fehlsteuerung“.

Horst Köhler – ein Kandidat nach Wunsch der Arbeitgeber!

HB, Fr./Sa., 5.3.04. „... besteht kein Zweifel, dass H. Köhler hervorragend geeignet ist, unser Land zu repräsentieren. Wir brauchen eine Persönlichkeit, die uns nach außen als weltoffenes Land präsentiert und nach innen mit den zum Teil unangenehmen, aber nötigen Reformen versöhnt. H. Köhler bringt mit seiner ökonomischen und nachgewiesenen sozialen Kompetenz die richtigen Voraussetzungen mit. (M. Rogowski, BDI-Präsident)

„Horst Köhler ist eine überzeugende, integrative Persönlichkeit. Angesichts der erheblichen wirtschaftlichen Herausforderungen kann er dazu beitragen, die notwendigen gesellschaftlichen und wirtschaftspolitischen Veränderungen zu unterstützen und zu begleiten. (D. Hundt, BfA-Präsident)

Wirtschaft fordert generelle Steuersenkung.

Fr, Sa., 6.3.04. Steuertarifsenkung auf weniger als 35% sowie Verringerung der Lohnnebenkosten will BDI-Präsident M. Rogowski. Er bestätigt, dass die Wirtschaft im Grundsatz die mit der Agenda 2010 begonnenen Arbeitsmarkt- und sozialpolitischen Reformen unterstütze. Allerdings dürfe der Prozess nicht zum Stillstand kommen, erst recht nicht zurück gedreht werden. Die Reformen reichten noch nicht aus, um langfristiges Wachstum in Deutschland zu sichern. Außerdem müsse der Bund mehr in Bildung, Forschung und Entwicklung investieren. „Das darf sich nicht auf Elite-Universitäten beschränken“.

Presseauswertung: rst

Wachstum und Entwicklung, Ballung, viele Zentren und öffentliche Güter. Linke Diskussion zur Weltwirtschaft

Ein Bericht aus der Arbeitsgruppe Wirtschaft von „Konkrete Demokratie, soziale Befreiung – Arbeitsgemeinschaft in und bei der PDS“. Von Martin Fochler und Rüdiger Lötzer

Akteure und schwierige Ausgangsbedingungen

Die Diskussion der tatsächlich stattfindenden und der wünschenswerten Entwicklung der Weltwirtschaft und ihrer Organisation, ihrer Konventionen, Regeln, Abkommen und Gesetze fällt uns und vielen anderen Menschen nicht leicht. Wir diskutieren, ohne direkt Einfluss nehmen zu können. Bestimmenden Einfluss auf die Entwicklung der Weltwirtschaft und ihre Organisation haben stattdessen im Wesentlichen zwei Klassen von Wirtschaftssubjekten, nämlich die großen Kapitalgesellschaften auf der einen Seite und die Nationalstaaten und deren Allianzen, Bündnisse und gemeinsamen überstaatlichen Institutionen auf der anderen Seite. Gewerkschaften, Parteien und andere Verbände, die Interessen der werktätigen Klassen vertreten, haben in diesen Prozessen in der Regel keine wirksame Position. Sie können nur auf Umwegen, im Wesentlichen über die öffentliche Meinung und deren Druck auf das Handeln von Staats- und Konzernspitzen, Einfluss nehmen und Wirkung entfalten.

Das ist eine schwierige Konstellation, die zudem dazu führt, dass auch noch die schärfste Kritik der Taten dieser beiden großen Gruppen von Akteuren auf den Weltmärkten auf der zumindest teilweisen Identifikation mit ihnen ruht. Man empört sich zum Beispiel „als“ Deutscher über das Verhalten „seiner“ Regierung bei dieser oder jener internationalen Verhandlung, „als“ Bayer-Beschäftigter über dieses oder jene Exportgeschäft, über die Zustände in dieser oder jener Auslandsfiliale des „eigenen“ Konzerns. Während man innerstaatlich als Person mit dem Wahlrecht und über die Parteien und die Gesetzgebung bzw. mit dem Koalitionsrecht und dem Tarifvertragswesen eine eigene Position hat und eine Differenz durch eigenes Handeln – wie schwach auch immer – klarstellen kann, bleibt die Kritik an der Entwicklung der Weltwirtschaft und ihrer Regeln bis heute vielfach ohne angemessene und adäquate politische Instrumente zu ihrer Durchsetzung – und damit in ihrer Wirkung schwach.

Inzwischen hat die Entwicklung selbst der überstaatlichen und internationalen Institutionen in der Weltwirtschaft vielfach dazu geführt, dass selbst diese Instrumente stumpf zu sein scheinen ge-

genüber den Entwicklungen der Weltwirtschaft und den Krisen, die mit dieser Entwicklung einhergehen. Noch weniger scheinen Gewerkschaften und Parteien in der Lage, unerwünschte Entwicklungen der Weltwirtschaft zu korrigieren oder soziale Anliegen im globalen Kontext wirksam zu vertreten und durchzusetzen.

So bleibt unter diesen Umständen zunächst und scheinbar „nur“ die Kritik an den Folgen des Handelns von Staaten und Kapitalgesellschaften. Solche Kritik kann und sollte von den elementaren Menschenrechten ausgehen, wie dem Recht des Menschen zu leben, auf freie Entfaltung seiner Person, auf ein Leben in Würde und ohne Not, und daran die weltweit anzutreffenden Verhältnisse messen. Sie kann und muss dabei aber immer auch den Wohlstand der Nation, des historisch gegebenen Wirtschaftsraumes reflektieren und in ihre Argumente und Forderungen einbeziehen. Welche Bedeutung und hohe Übereinstimmung auf diesen Feldern möglich ist, wurde in der Arbeitsgruppe gegen Ende der Diskussion sichtbar, als wir uns mit den Entwicklungszielen der „Millenniums-Erklä-

rung“ der UNO befassten, die Anfang September 2001 nach langen Verhandlungen, unter Einbeziehung von IWF, Weltbank, UNESCO und anderen Organisationen, von der Generalversammlung der UNO im Beisein vieler Staats- und Regierungschefs feierlich verabschiedet worden war. Die menschenrechtlich begründeten Entwicklungsziele dieser Erklärung sind leider durch den nur wenige Tage später erfolgten terroristischen Anschlag auf die beiden Türme des Welthandelszentrums in New York und die nachfolgenden Entwicklungen völlig aus der öffentlichen Wahrnehmung – auch auf der Linken – verschwunden.

Menschenrechtliche Forderungen – an wen und mit welchem Ziel?

Es geht dabei im Ergebnis darum, Kritiken und Forderungen zu entwickeln, die emanzipatorisch und menschenrechtlich begründet und zugleich international belastbar sind, d.h. deren Wirkung auf das globale Ganze, auf andere Menschen und Weltgegenden durchschaubar und die nach den Grundsätzen der Fairness (siehe dazu John Rawls, Eine Theorie der Gerechtigkeit) vertretbar sind. Zu den erforderlichen Grundsätzen einer solchen Kritik, solcher Forderungen an die Weltwirtschaft und deren Entwicklung gehören an erster Stelle der Vorrang der Menschenrechte vor betriebswirtschaftlichen Effizienz-Gesichtspunkten und die Forderung, ökonomische Vorteile zu Gunsten der Schwächeren zu verteilen.

Ein anderer Komplex von Schwierigkeiten ergibt sich aus dem spezifischen Charakter weltwirtschaftlicher Beziehungen, unter denen wir Wirtschaftsbeziehungen verstehen wollen, die sich zwischen durch den Raum, also durch große Strecken und Entfernungen, und durch geschichtliche, kulturelle Gegebenheiten getrennten Märkten abspielen. Hier wirken im wirtschaftlichen Geschehen noch immer zahlreiche Phänomene, die auf den jeweiligen Teilmärkten, also zum Beispiel innerhalb eines Staatsgebietes, durch wirtschaftliche Prozesse und gesetzgeberische Regulierung weitgehend eingebettet sind.

Besonders wichtig ist, dass sich auf der Grundlage von geografischen (Klima, Lage) und gesellschaftlichen Verschiedenheiten (wem gehört der Boden? Welches Bildungssystem? Welches Gesundheitssystem, soziale Sicherung? Wie hoch



sind Löhne und Lebenshaltungskosten, wie lang die Arbeitszeit?) nicht nur unterschiedliche Möglichkeiten für die Produktion von Gebrauchswerten ergeben, sondern auch immer noch deutlich verschiedene Preisniveaus für ansonsten vergleichbare Güter. Die Kräfte, die auf Inlandsmärkten für eine Angleichung der Preise sorgen, wirken in internationalen Geschäften nur verzögert. Ein einfacher Blick auf das Preisgefälle an der bayerisch-tschechischen Grenze für Arbeitskräfte, Grundstücke, Gebäude, Energie usw. macht deutlich, welche hohe Bedeutung noch immer im Wirtschaftsgeschehen einzelstaatliche Regulierungen spielen. In den erheblichen Zeitspannen, in denen solche Gefälle zwischen verschiedenen Staaten und Regionen bestehen, ergeben sich eine Fülle von langdauernden Geschäftsmöglichkeiten. Große Konzerne wie Siemens, VW, Daimler-Chrysler machen sich diese Unterschiede im Lohn- und Lebensstandard zunutze für ihre oft weitreichenden geschäftlichen Dispositionen. Die Beschäftigten, die Gewerkschaften, Parteien haben dagegen kaum Mittel zur Gegenwehr.

Und nicht nur das: Während die Ergebnisse auf Inlandsmärkten die öffentliche Meinung nicht nur beunruhigen, sondern mit den Parteien und den Gewerkschaften auch stets und ständig Korrektoren auf den Plan rufen, steht bei der Bewältigung der Folgen internationaler Geschäfte den Geschädigten dieser Weg im eigenen Handlungsraum oft genug nicht offen.

Weltstaat oder Nationalstaat? Freihandel oder Schutzzoll?

Aus der Diskussion dieser Problematik ergeben sich zwei unterschiedliche Tendenzen: Es entsteht der Ruf nach internationalen Organisationen, die regulierend eingreifen könnten, nach international gültigen Konventionen, Regeln, Normen, Gesetzen, letztlich damit der Ruf nach einem Weltstaat. Und es entsteht eine Tendenz zur Verteidigung der einzelstaatlichen Regulierungsrechte, die auf Inlandsmärkten via Staat und Tarifvertrag bestehen. Die Debatte spitzt sich zum Teil auf den absurden Gegensatz von Imperialismus und Nationalismus zu. Hier kann es nur um einen Ausweg gehen. Wie ist dieser Ausweg zu finden? Wie sollen sich Linke zu diesem Gegensatz verhalten? Viele reagieren durch Rückzug auf moralische Kategorien, letztlich durch den Rückgriff auf Regeln einer normativen Ökonomie („IWF und Weltbank machen unsere Welt krank“). Aber solche moralischen Vorwürfe taugen letzten Endes wenig für eine emanzipatorische Politik. Auch die Verengung der Kritik auf Teilprobleme wie die internationalen Finanzströme, ohne Beachtung der zugrunde liegenden realen Produktions- und Austauschbeziehungen, wird von unserer Arbeitsgruppe nicht geteilt.



Weltsozialforum, Mumbai 2004

Wie aktuell diese Fragen der Weltwirtschaft sind, zeigt unter anderem der amerikanische Präsidentschaftswahlkampf. Das „Handelsblatt“ berichtete kürzlich unter der Überschrift „Ricardo hat Recht“: „Nichts erhitzt derzeit die Gemüter jenseits des Atlantik mehr als die Verlagerung von Jobs in Billiglohnländer wie China oder Indien. Politiker der beiden großen Parteien überbieten sich mit protektionistischen Aktionen, um das Outsourcing zu stoppen. Ein Bundesgesetz droht, nach dem Staatsaufträge nur noch im Inland ausgeführt werden dürfen. Der Grund für diese kopflose Hysterie sind nicht nur die knapp drei Millionen Arbeitsplätze, die in den vergangenen drei Jahren in der amerikanischen Industrie verloren gingen. Schwerer wiegt, dass die US-Wirtschaft bislang trotz kräftigen Wachstums nicht genügend neue Jobs schafft.“ Dabei habe der englische Ökonom Ricardo schon vor 200 Jahren nachgewiesen, „dass alle Länder davon profitieren, wenn jede Nation sich auf ihre wirtschaftlichen Stärken konzentriert und den Rest im Ausland einkauft. Diese Erkenntnis wird nun vehement angezweifelt.“ (Handelsblatt, 26.2.04)

Tatsächlich geht der Streit heute weniger um freien Handel oder Zollschutz, wie zu Zeiten von Ricardo. Die großen Konzerne sind weiter: Sie haben weltweite Produktionsketten aufgezogen, lassen Motoren in Ungarn für Autos in Deutschland fertigen, Chips auf Taiwan für Computer in den USA, Kühlschränke und Fernseher in China, die in Europa nur noch einen hiesigen Firmennamen aufgeklebt erhalten, Schuhe in Vietnam und China für Sportartikelhersteller und Kaufhausketten in Europa und den USA. Die neuen Autowerke von BMW und Por-

sche bei Leipzig beziehen 80 Prozent ihrer Fahrzeug-Komponenten aus der Tschechischen Republik und anderen Billiglohn-Ländern und lassen diese in Leipzig nur noch zusammenmontieren. Hier geht es nicht um „Freihandel“ für Fertigprodukte zwischen souveränen Staaten, sondern um möglichst uneingeschränkte Kapitalanlage-Dispositionen großer Konzerne, die Komponenten ihrer Produkte über den halben Erdball verteilt in globalen Produktionsketten erstellen lassen und danach auf ebenso vielen Märkten verkaufen. Dazu und zu den damit verbundenen Wachstums- und Aufholprozessen brauchen wir eine linke, solidarische, emanzipatorische Position, die nicht für neue Mauern und neuen Protektionismus eintritt und dennoch die realen Probleme von Sozialdumping nicht ignoriert.

Gute Gründe zur Kritik des Welthandels

Die neue Linke, die, in der BRD stark antifaschistisch geprägt, in den sechziger Jahren entstand, bezog sich bereits in ihren Anfängen auf das internationale System. Sie orientierte sich wesentlich an der weltweiten Bewegung der Entkolonisierung, und innerhalb dieser Bewegung in nicht unbeträchtlichem Umfang an dem Beispiel des sozialistischen China („Vertrauen auf die eigene Kraft“).

Wirtschaftspolitisch gingen zu dieser Zeit praktisch sämtliche Kräfte auf der politischen Linken von der festen Überzeugung und der Erfahrung des ungleichen Tausches auf den Weltmärkten aus. Nach dieser wirtschaftlichen und politischen Theorie – in der Nationalökonomie unter Bezug auf ihre vor allem aus Lateinamerika stammenden Vertreter als „Dependencia-Theorie“ bekannt – machen weniger entwickelte Länder im

Austausch mit den höher industrialisierten Ländern im internationalen Handel, vor allem im Austausch Agrarprodukte und Rohstoffe gegen Industriegüter, notwendig Verlustgeschäfte, die sie in immer größere Abhängigkeit treiben und so jede eigenständige, unabhängige Entwicklung blockieren.

Für diese Ansicht fanden sich damals viele Belege – zum Beispiel im Verhältnis Lateinamerika zu den USA – und finden sich auch noch heute. Ob Kaffee-, Kakao- oder Kautschuk-Staaten in Asien, Afrika und Lateinamerika, Bananen-Republiken oder Bergbauländer wie Chile und Sambia (Kupfer), Südafrika (Gold) oder Nigeria und andere Ölproduzenten: Wo immer Länder der Dritten Welt mit agrarischer Monokultur oder monokulturellem Bergbau auf westliche Konzerne stießen, sind sie in der Regel hoffnungslos unterlegen und übelster Erpressung ausgeliefert. Als Antwort darauf favorisierten große Teile der Linken Theorien, die als Antwort auf solche Phänomene des ungleichen Tauschs, ja des schlichten Raubs und damit einhergehender Verhinderung jeder selbständigen wirtschaftlichen Entwicklung eine Staatsplanwirtschaft und die planmäßige Verringerung des internationalen Warenhandels und Güteraustauschs auf ein Minimum vorschlugen. Gleichzeitig unterstützten sie Forderungen nach einer „neuen Weltwirtschaftsordnung“, wie sie auch von Staaten der Dritten Welt erhoben wurden, die einen stärkeren Ressourcetransfer („Entwicklungshilfe“) von den reichen Staaten des Nordens in den Süden, einen Abbau von Monokulturen, Schuldenerlass und eine Beschränkung des Kapitalexports des Nordens in Staaten des Südens forderte.

Weniger Welthandel = mehr Demokratie?

Diese Auffassung hatte einen zusätzlichen Grund in der Überlegung, dass nur durch eine Begrenzung, durch Einschränkung des internationalen Kapitalverkehrs und damit des Weltmarktes auch eine politische Demokratie möglich sei, die auch wirtschaftliche Prozesse umfasst. Innerhalb einer Volkswirtschaft, die von einem politischen System umschlossen wird, sei es zum Beispiel möglich, den Preis für Reis oder vergleichbar wichtige, elementare Güter innerhalb einer gewissen Bandbreite durch staatliches Handeln gezielt zu beeinflussen. Die Bewegung der Weltmarktpreise indessen entzieht sich dieser Willensbildung und beeinträchtigt deshalb auch die politische Demokratie.

Ein Beispiel für die erfolgreiche Verwirklichung einer solchen Entwicklungsstrategie bot für viele damals das sozialistische China. Dies um so mehr, als die Autarkie- bzw. Demokratievorstellungen von Linken gegenüber dem Weltmarkt in diesem großen Land mit ähnlich gearteten Organisationsvorstellungen für das Landesinnere verbunden waren, vor allem mit der Organisation nach



Shanghai heute

Volksgemeinschaften, das heißt politisch/wirtschaftlichen Gebilden, die nach dem Grundsatz maximaler Autarkie und dementsprechend maximaler Selbstbestimmung zu arbeiten schienen.

Der Reiz, den diese Ansichten für viele Linke damals boten, lag vor allem in der Verbindung von Wirtschaft und Demokratie und damit in der Chance, der als wenig attraktiv wahrgenommenen realsozialistischen Entwicklung des Staatsmonopols in den RGW-Ländern, in denen das Direktionsrecht aus der Fabrik auf die ganze Gesellschaft übertragen und in den Händen einer zentralisierten Staats- und Parteiführung lag, eine eher demokratische, selbstverwaltende Alternative gegenüber zu stellen.

Zentrum und Peripherie im Großraum: Vorteile für wen?

In der langen seither erlebten Periode großer wirtschaftlicher Entwicklungen und internationaler Entscheidungen hat sich jedoch herausgestellt, dass diese Auffassung mit erheblichen Mängeln behaftet war und in den politischen Organisationen, die sie pflegten, bis heute dazu geführt hat, dass wichtige Entwicklungsprozesse nicht wahrgenommen wurden, auf jeden Fall nicht systematisch beachtet und theoretisch ausgewertet wurden.

So hat die neue Linke, um mit einem Beispiel ganz aus der Nähe zu argumentieren, die Möglichkeiten und die Attraktivität der Europäischen Union nicht gesehen. Es wurde davon ausgegangen, dass durch die Erweiterung der Marktraumes die Entwicklungsdifferenzen zwischen den Ländern und Regionen zunehmen müssten. Es wurde davon ausgegangen, dass die peripheren EU-Länder in umfassende Abhängigkeit geraten und zur Nicht-Entwicklung verurteilt sein würden. Tatsächlich sind Länder wie Griechenland, Irland, Spanien und Portugal durch den Eintritt in die EU seit Anfang der 80er Jahre aber offensichtlich in ihrer Entwicklung nicht gefesselt und zurückgeworfen worden, sondern haben diesen Beitritt im Gegenteil zielstrebig genutzt, um wirtschaftlich aufzuholen. Das bedeutet nicht, die EU und ihre Institutionen nun auf einmal zu „Motoren des Fortschritts“ zu erklären. Aber offensichtlich haben nicht nur die herrschenden Klassen in diesen Beitrittsländern, sondern auch die abhängig Beschäftigten in diesen Ländern, ihre Gewerkschaften und Parteien aus dem Beitritt zur Großraum-Wirtschaft der EU Vorteile ziehen können und in großen Klassenkämpfen soziale Verbesserungen erringen können.

Tatsächlich stellte sich in den letzten Jahrzehnten heraus, dass zwar alle Gefahren, die mit einer Ausweitung der Märkte und der Handlungsmöglichkeiten internationaler Konzerne prognostiziert werden, reale Gefahren sind und zum Teil auch – siehe etwa der Militärputsch in Chile – furchtbare Wirklichkeit wurden. Aber zugleich hat sich in diesen Jahrzehnten gezeigt, dass die Ausweitung der Märkte auch Entwicklungschancen enthält, insbesondere, wenn Länder der Dritten Welt es erreichen, Monokulturen und damit einhergehende Abhängigkeiten zu überwinden oder gar nicht erst entstehen zu lassen. Mehr noch, der Ausschluss von den Vorteilen des Weltmarktes hat am Ende selbst so große und kräftige Volkswirtschaften wie die des RGW ins Hintertreffen gebracht und wesentlich zu deren Destabilisierung beigetragen.

Auch das Verhältnis der Staaten des Nordens zur sogenannten „Dritten Welt“ war in den letzten Jahrzehnten nicht einfach nur ein Verhältnis von Fesselung, Abhängigkeit und Unterentwicklung. Riesige und bevölkerungsreiche Länder wie Indien, China und die Staaten Südostasiens, in denen zusammen fast die Hälfte der Weltbevölkerung lebt, haben sich in den letzten Jahrzehnten industriell entwickelt, in einem Tempo, das die wirtschaftliche Entwicklung der Staaten des Nordens bei weitem übertrifft. Wie erklären Linke solche Aufholprozesse? Mit Lenins Imperialismus-Theorie oder der Dependencia-Theorie, die wahrscheinlich beide zum Zeitpunkt ihrer Entstehung und auch noch einige Zeit danach ihre Berechtigung hatten, lassen sich diese Aufholprozesse und Entwicklungen

der letzten Jahrzehnte nach unserem Eindruck nicht mehr erklären und beschreiben.

Aufholbewegungen ohne Abschottung

Wie lassen sich solche Aufholbewegungen erklären? Welche Faktoren wirken hier? Das waren einige der Fragen, auf die wir versucht haben, in der Arbeitsgruppe Antworten zu finden.

Als nützlich für unsere Diskussion hat sich dabei der Rückgriff auf alte, klassische Texte der Nationalökonomie wie Adam Smith und Friedrich List herausgestellt, die alten Exponenten des Streits Freihandel (Smith, Ricardo) kontra „Schutzzoll“ (List), wobei Adam Smith – darin auch von Marx nicht kritisiert – für Freihandel und effiziente Arbeitsteilung auch über große Distanzen hinweg argumentierte, während List von Anfang an kolonialpolitische Expansionsziele mit seiner Schutzzollpolitik verband.

Für die heutige Diskussion und die Erklärung wirtschaftlicher Aufholprozesse weiterhin nutzbar erscheint uns dabei der Hinweis von Smith (und in seinem Gefolge von Ricardo) auf die so genannten „komparativen Vorteile“, die mit einer Arbeitsteilung auch im internationalen Raum verbunden sind.

Mit schlichten Worten schildert der Ökonom Stiglitz, was es damit auf sich hat, an einem Beispiel Japan / USA. „Um den Begriff des komparativen Vorteils zu verstehen, stellen wir uns vor, die Vereinigten Staaten und Japan produzierten zwei Güter, nämlich Computer und Weizen ... (Die Zahlen sind rein hypothetisch). Die USA sind bei der Produktion beider Güter effizienter, das heißt, sie brauchen weniger Arbeitsstunden. Amerika kann ... für sich in Anspruch nehmen, dass es die effizienteste Computerindustrie der Welt hat, und dennoch importiert es Computer aus Japan. Der Grund liegt darin, dass die *relativen* Kosten der Computerindustrie (ausgedrückt in Arbeitsstunden) im Verhältnis zu den Produktionskosten einer Tonne Weizen in Japan niedriger sind als in den USA. In Japan braucht man für die Produktion eines Computers fünfzehnmal so viel Stunden wie für die Produktion einer Tonne Weizen (120/8), in den USA zwanzigmal so viele (100/5). Japan hat also zwar einen absoluten Nachteil bei der Computerproduktion, aber einen komparativen Vorteil.“ (Joseph E. Stiglitz, Volkswirtschaftslehre, S. 68f.)

Stiglitz hebt in seinem Beispiel auf die größere Masse stofflichen Reich-

tums ab, die am Ende durch den Einsatz der gleichen Arbeitszeit in beiden Ländern zusammen – aber in anderer Kombination – erreichbar ist. Der Sachverhalt ermöglicht Arbeitsteilung bzw. Geschäfte „zum beiderseitigen Vorteil“, modern eine „win-win“-Situation, in der beide beteiligten Seiten – unterschiedlich, aber eben doch beide – gewinnen.

Gegen solche Vergleiche unterschiedlicher Länder können viele berechtigte Einwände vorgebracht werden – vor allem der, dass dies rein betriebswirtschaftliche Kostenvergleiche sind, die alle makroökonomischen Gründe für die unterschiedliche Produktivkraftentwicklung in verschiedenen Ländern ignorieren. Aber das Ergebnis ist dennoch unwiderlegt: Die Produktmenge steigt, und im Ergebnis ist in der Regel auch bei Ländern, die auf den ersten Blick hoffnungslos wirtschaftlich unterlegen erscheinen, am Ende die Akkumulationsgeschwindigkeit höher, als es bei einer Autarkiestrategie der Fall wäre. Der Fluss von Kapital in Zonen mit niedriger Kapitalausstattung beschleunigt anscheinend deren Entwicklung, jedenfalls wenn die Schwelle zur industriellen Produktionsweise bereits – und das ist dann immer unwiderruflich – überschritten ist. (siehe auch die Grafik China-USA, aus: Stiglitz a.a.O., Seite 69, siehe unten).

Auf diesem Wege wird erklärlich, warum die Erleichterung der Marktzugänge Aufholbewegungen ermöglicht und auch, wieso Länder und Regionen, die aufholen wollen, gerade in der Abhängigkeit, in die sie zunächst geraten, wenn auswärtige Investoren kommen, auf der anderen Seite auch ein Mittel sehen, um mit ihrer bestehenden Abhängigkeit zurechtzukommen.

Wenn auch unter der Bedingung politisch und wirtschaftlich hegemonial, durch Großmächte und Großkonzerne dominierter Märkte solche aufholenden Entwicklungen möglich sind und tatsächlich eintreten, wäre dennoch die Annahme falsch, dass die ökonomischen Verwertungsinteressen der Mächtigen

und Großen auf diesem Wege gleichsam hinterrücks ins allgemeine Glück führten. Tatsächlich ist die wichtigste Bedingung für die Entwicklung der internationalen Arbeitsteilung die politische Freiheit der Menschen und eine ökonomisch bis zu einem gewissen Grade gesicherte Grundausrüstung, die zum Teil durch soziale Gesetzgebung erreicht wird und durch tarifliche Absicherung der abhängig Beschäftigten, zum anderen aber durch die Gewährleistung öffentlicher Güter. Wenn diese Bedingungen gegeben sind, können große Klassenkämpfe dazu führen, dass nicht nur die herrschenden Klassen solcher Länder aufholen, sondern auch die arbeitenden Klassen eine Besserung ihrer Situation erreichen. Es hat sich in den letzten Jahrzehnten gezeigt, dass – eine allgemeine Orientierung auf industrielle Produktion als Basis der Ökonomie vorausgesetzt – gesellschaftliche Investitionen vor allem in die allgemeine Bildung und Ausbildung der Menschen unverzichtbar sind, um solche Faktorwanderungen in weniger entwickelte Länder und Regionen auszulösen. Ohne die massiven Bildungsanstrengungen von Millionen Menschen in den vergangenen Jahrzehnten wären industrielle Wachstumsprozesse, wie sie jetzt in China, Indien und anderen Staaten Asiens zu erleben sind, vermutlich nicht zustande gekommen. Nur eine breite Vorbildung von vielen Arbeitskräften und entsprechende gesellschaftliche Anstrengungen können künftige Anforderungen antizipieren.

ILO-Kernarbeitsnormen, Vorrang der Menschenrechte, öffentliche Güter

Unter diesem Gesichtspunkt wird verständlich, wieso die Frage der öffentlichen Güter von so großer Bedeutung für die Entwicklungsaussichten ist. Die Bildung der Bevölkerung kann nur durch Bereitstellung von Bildungsangeboten gewährleistet werden. Die Bereitstellung öffentlicher Güter ist Sache der Gebietskörperschaften. Sie muss an die geschichtlichen, kulturellen Gegebenheiten aufbauen und sich auf das Netz gewachsener, regional stets spezifischer Gegebenheiten beziehen. Selbstbestimmung des Individuums und Selbstverwaltung der Gebietskörperschaften sind grundlegende Voraussetzungen. Hinzu kommt mit der Entwicklung des Arbeitsprozesses noch eine Arbeitskultur, die den arbeitenden Personen Einflussmöglichkeiten auf den Ablauf des ganzen Prozesses lässt.

Es handelt sich dabei um Faktoren, die dem zentralistischen Staat und auch dem Zentralismus des Kapital fremd sind. Sie müssen von demokratischen und sozialen Bewegung ins Spiel gebracht und durchgesetzt werden.

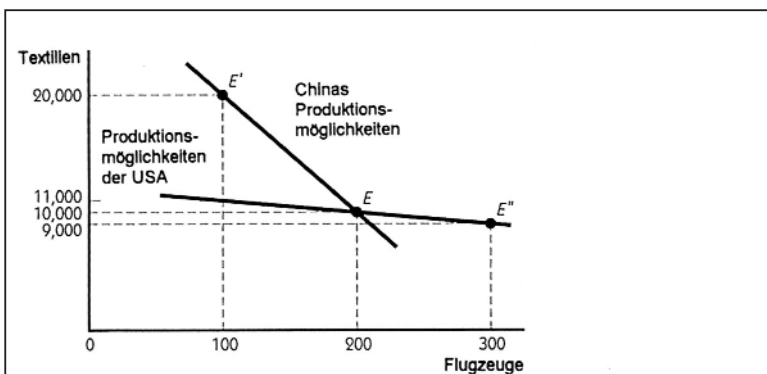


Abbildung 3.3 Die Nutzung komparativer Kostenvorteile. Die Produktionsmöglichkeitenkurven für China und die Vereinigten Staaten zeigen für verschiedene Produktionspunkte die Trade-offs zwischen Flugzeug- und Textilproduktion. Punkt E ist das gegenwärtige Produktionsniveau in jedem Land; E' und E'' stehen für Produktionsentscheidungen, bei denen der komparative Kostenvorteil jedes Landes besser genutzt wird.

Es geht also um einen Internationalismus der Arbeiterbewegungen und der demokratischen Bewegungen, die verhindern müssen, dass die Kapitalorganisationen Profite mit rückständigen Mitteln machen, d.h. durch Lohnsenkung, durch Extensivierung der Arbeitszeit, durch Kinderarbeit, halbklavische Arbeitsverhältnisse etc. Wichtige Orientierungspunkte für diesen neuen Internationalismus der Arbeiterbewegung kann dabei das gemeinsame Bemühen um die internationale Durchsetzung der sogenannten „Kernarbeitsnormen“ der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) sein. Diese sind: Organisations-, Versammlungs- und Verhandlungsfreiheit, also insbesondere freie Bildung von Gewerkschaften und Streikrecht, das Verbot jeder Form von Sklaverei und Schuldknechtschaft, Diskriminierungsverbot und Abschaffung der Kinderarbeit. Diese ILO-Kernarbeitsnormen sind insbesondere in den vielen „Sonderwirtschaftszonen“ in Staaten der Dritten Welt bis heute nicht gewährleistet, ihre Gewährleistung bzw. Durchsetzung ist eine ständige Forderung aller Gewerkschaften. Die Nicht-Einhaltung dieser Kernarbeitsnormen ist besonders schädlich und schändlich, wenn dies unter der einheitlichen Decke eines Konzerns geschieht. – Entsprechende Bewegungen sind da, es ist aber nicht so einfach, diese Kernarbeitsnormen durchzusetzen.

Ein zweiter, damit eng verbundener Punkt besteht nach unserer Meinung in einer Internationalisierung der Demokratiebewegung, die den Respekt der Staaten und Konzerne vor den individuellen Rechten der Menschen einfordert und durchsetzt. Staatliche Ansprüche, aber auch ökonomische Effizienzforderungen finden ihre Schranken in grundlegenden Menschenrechten.

Ein dritter Gesichtspunkt besteht in unseren Augen in der demokratischen Kontrolle über den öffentlich-rechtlich institutionalisierten Teil der Wirtschaftssystems, d.h. über die Wirtschaftspolitik. Diese Verteidigung solcher „öffentlichen Güter“ – angefangen von dem Recht auf Bildung, auf soziale Sicherheit, Wohnung, bis hin zur öffentlichen Kontrolle über das Gesundheitswesen, die Bekämpfung von bis heute weitverbreiteten Krankheiten wie Aids, Malaria oder Tuberkulose usw. – ist auch ein großes Thema, wenn nicht das zentrale Anliegen der „Globalisierungskritiker“. Wobei diese Kritik – beispielsweise von Attac – nach unserem Eindruck teilweise einhergeht mit einer etwas schlichten Gleichsetzung „Markt = Konzern = fremdbestimmt = schlecht“, die wir in der Arbeitsgruppe so nicht teilen und in ihrer linearen, undialektischen Logik auch nicht nachvollziehen konnten. Was wir aber heute sicher brauchen, ist eine moderne und zum Teil vermutlich auch neue Definition dieser öffentlichen Güter, ihres Ausmaßes, ihrer Finanzierung. Die Debatte um die „Bürgerversicherung“, im Grunde um einen

neuen Sozialstaat, und um eine europäische Sozialunion ist dafür nur ein Beispiel. Durchdachte linke Positionen auf diesem Gebiet sind leider noch Mangelware.

Bei der Suche nach Gegenmitteln geht es um zwei wichtige Anwendungsfelder:

1.) geht es um die Institutionen, die den Welthandel und die Weltwirtschaftspolitik fördern in Verbindung mit Institutionen, die die Verschmelzung von hergekommenen Markt- und Staatssystem moderieren (EU). Welche Positionen sollen Linke zu solchen Einrichtungen heute einnehmen? Parolen wie „Raus aus der EU“ sind sicher nationalistisch und erscheinen nicht mehr angemessen, sind in unseren Augen heute keine linke Antwort auf die EU. Selbst Institutionen wie der IWF werden nicht nur von der politischen Linken – gut begründet – kritisiert. Auch Protagonisten der sogenannten „Angebots-theorie“ wie etwa Milton Friedman fordern seit langem deren Auflösung, weil sie angeblich mit öffentlichen Mitteln private (Bank-)Geschäfte in Krisen subventionieren und so weltweite Fehlallokationen verursachen. Wie also sollen sich Linke zu IWF und Weltbank, generell zu internationalen Regulationen des Weltmarkts verhalten? Hier gibt es inzwischen eine Fülle von Reformforderungen, zumeist nicht nach Abschaffung solcher Institutionen, sondern zugunsten stärkerer Mitspracherechte der ärmeren Länder, die eine genauere Befassung lohnen.

2.) geht es um die Richtung, das erforderliche Ausmaß und die Finanzierung langfristiger öffentlicher Investitionen. Dabei geht es um die großen Gebiete:

- Stadt- und Regionalplanung
- Volksbildung und lebenslanges Lernen
- Forschung und Entwicklung
- Gesundheit und soziale Sicherheit

Regionalisierung und Globalisierung, Ballung und Weltwirtschaft

Im Prozess der Verschmelzung der historischen nationalen Märkte zu regionalen oder Weltmärkten gewinnt das Phänomen der Ballung wachsende Bedeutung. Weltweit entstehen Ballungszentren, die miteinander als Standorte konkurrieren, aber eben nicht nur konkurrieren. Sie sind über viele Medien miteinander verbunden, so dass sich Grundzüge einer transnational gültigen oder wenigstens wirksamen öffentlichen Welt-Meinung abzeichnen.

Wenn die Kombination der produktiven Faktoren in Ballungsräumen solche Chancen bietet, wird die magische Anziehungskraft der metropolitenen Regionen erklärlich und damit auch die Hoffnungen, die viele Menschen auch in der Dritten Welt in die Städte treibt. Neue, geschickte Kombinationen lassen sich offensichtlich dort am leichtesten bewerkstelligen, wo das ganze Arsenal der produktiven Mittel nebeneinander steht und sich zusammenfügen lässt.

Dieses Bild rückt vor allem die sachliche Ausstattung des Produktionsprozesses in den Vordergrund. Die hochgebaute Metropole ist das Ding an sich: der Big Apple. Dort muss hin, wer das Glück sucht. In diesem Bild werden aber Eigenschaften der Produktivkraft Mensch überblendet. Die Biografie, die Geschichte des gelebten Lebens, auf der die akkumulierte, die produktive Kraft der Arbeit beruht, geht aus einem Bezug auf die soziale, kulturelle, geografische Umwelt hervor. Ebenso reizvoll wie die Ballung sind die Chancen zu selbstorganisiertem Leben, durch die Menschen in der Fläche festgehalten werden und sogar aus den Zentren dorthin gezogen werden. Es entstehen in der Fläche Kombinationsmöglichkeiten, die in der Ballung nicht gegeben oder konkurrenzfähig sind. Es bildet sich eine Struktur von vielen Zentren, die den Raum strukturieren. Solche Theorien von „vielen Zentren“ und der damit verbundenen Chancen auf Entwicklung finden sich beispielsweise auch in den Theorien eines Samir Amin (z.B. in „Die Zukunft des Weltsystems, Die Herausforderungen der Globalisierung“) oder einer Saskia Sassen (z.B. in „Metropolen des Weltmarkts“).

Vielleicht ist es möglich, in Analogie zu der Arbeiterbewegung, die bewirken kann, dass die Konkurrenz des Kapitals nicht gänzlich auf ihre Kosten sich auslebt, sozialpolitische Forderungen im Kontext der Standortkonkurrenz zu entwickeln, um diese zu zügeln. Der Standort, die Ballung in der Region, unterscheidet sich von Nationalstaat in vielerlei Hinsicht, vor allem aber dadurch, dass diese Ebene sich von vorneherein nicht durch Grenzen definieren kann, sondern durch Bezüge zur Welt definieren muss. Allerdings steht die Frage offen bereits für die kleine BRD, was mit den Gebieten wird, die kein Zentrum finden, zwischen den Ballungen liegen.

Wie weiter?

In unserer weiteren Diskussion wollen wir uns aber zunächst einmal mit den Kräften befassen, die den internationalen Handel antreiben und die dazu geführt haben, dass alle Ansätze scheiterten, die versuchten, eine abgeschlossene Volkswirtschaft zu gestalten. Es wird sich zeigen, wieso die Vorteile einer internationalen Arbeitsteilung, die auf vertraglichen Beziehungen der Akteure beruht, eine unwiderstehliche Kraft entwickeln.

Und es wird sich auch zeigen, dass dieser sogenannte freie Handel bzw. freie Markt eine Vielzahl regulierender Abkommen und Institutionen hervorgebracht hat, die das Geschehen im Sinne der Kapitalverwertung vertraglich, rechtlich und letztlich politisch gewaltsam ordnen.

Es entsteht die Frage, wie diese Regeln gesetzt oder verändert werden sollten und es entsteht die davon nicht ganz zu trennende Frage, wie dies durchzusetzen sei.

Verwendete Texte:

„Handel“ aus: Joseph E. Stiglitz, Volkswirtschaftslehre, R. Oldenbourg Verlag München Wien, 2. Auflage 1999, IBN 3-486-23379-3,

Die volkswirtschaftliche Außenhandels-theorie“ aus: Wigand Ritter, Welthandel, Wissenschaftliche Buchgesellschaft Darmstadt, 1994 ISBN 3-534-11612-7

„Wachstumspolitik“ aus: Herbert Giersch, Konjunktur und Wachstumspolitik, Betriebswirtschaftlicher Verlag Dr. Th. Gabler

„Außenhandelspolitik“ aus: Joseph E. Stiglitz, Volkswirtschaftslehre, R. Oldenbourg Verlag München Wien, 2. Auflage 1999, IBN 3-486-23379-3

„Einfuhrbeschränkungen für ausländische Güter, die im Land selbst hergestellt werden können“ aus: Adam Smith, Der Wohlstand der Nationen, aus dem Englischen übertragen von Horst Claus Recktenwald, dtv, 10. Auflage Mai 2003

„Die nationalen Handelssysteme von England, Holland und Deutschland“ aus: Schriften Friedrich Lists (1841)

„UN – Vereinte Nationen ... Hauptorgane“ aus: Fischer Weltalmanach 2004, Fischer Taschenbuchverlag 2003, ISBN 3-596-72004-4

„Internationale Organisation – WTO“ aus: Fischer Weltalmanach 2004, Fischer Taschenbuchverlag 2003, ISBN 3-596-72004-4

„Problemlagen und Reformnotwendigkeiten der WTO“ aus: Bundestagsdrucksache 14/9200

„Die Herausforderungen der Globalisierung und die Rolle des IWF“ – Vortrag von Dr. Horst Köhler, Geschäftsführender Direktor des IWF, anlässlich der Jahresversammlung der wirtschaftswissenschaftlichen Gesellschaft an der Humboldt-Universität Berlin, 15. Mai 2003

„Statistische Unterlagen IWF“ aus Deutsche Bundesbank – Weltweite Organisationen und Gremien im Bereich von Währung und Wirtschaft

„Ein- und Ausfuhr der BRD nach internationalem Warenverzeichnis und Ländergruppen“ aus: Statistisches Jahrbuch 1999

„Entwicklungstendenzen und Probleme des Welthandels“ aus: Fischer Weltalmanach 2004, Fischer Taschenbuchverlag 2003, ISBN 3-596-72004-4

„Kein Ausverkauf von Dienstleistungen“ – Erklärung von Attac

„Verurteilung des Freihandels“ – Das deutsche Kolleg – Schwert und Schild des deutschen Geistes, Internet

„Wirtschaftliche Entwicklung“ aus: Joseph E. Stiglitz, Volkswirtschaftslehre, R. Oldenbourg Verlag München Wien, 2. Auflage 1999, IBN 3-486-23379-3, S. 1012 ff.

Ziele aus der „United Nations Millennium Declaration“ von September 2001, Auszüge übersetzt und eingeleitet von Rüdiger Lötzer

Ein spannendes Buch zur deutschen Wirtschaftsgeschichte

Über „Kontinuität und Mentalität“ einer angeblichen Elite

Von dem italienischen Ökonomen Vilfredo Pareto wird berichtet, dass er im Gefolge seiner ökonomischen Studien und der Entwicklung darauf fußender ökonomischer Theorien im Lauf der Zeit ins Grübeln kam, warum viele Menschen sich nicht so verhielten, wie er in seiner von individualistischer Nutzenmaximierung ausgehenden Theorie vermutete. Statt die Erklärung für solch „abweichendes Verhalten“ in Mängeln und Irrtümern seiner eigenen Theorie zu suchen, grübelte Pareto zunehmend über Irrationalitäten menschlichen Handelns und kam von dort zu einer reichlich trüben „Elitentheorie“, die ihn in die Nähe zum italienischen Faschismus und Mussolini brachte. Ein Kern dieser Theorie ist die Behauptung vom ewigen „Kreislauf der Eliten“, vom ständigen Kampf der einen Elite gegen die andere als treibende Kraft sozialen Wandels – während unterhalb dieser kämpfenden Eliten eine von diesen Entscheidungen ausgeschlossene Mehrheit der Bevölkerung lebt und arbeitet und nur ab und zu von einer der miteinander kämpfenden Eliten für deren Absichten instrumentalisiert wird.¹

Eine von solchen reaktionären Eliten-Theorien abweichende Meinung vertreten die Herausgeber und sicher auch die meisten Autoren des Ende letzten Jahres im Essener „Klartext Verlag“ erschienen Werkes über „Die deutsche Wirtschaftselite im 20. Jahrhundert“, erschienen als Band 11 der „Bochumer Schriften zur Unternehmens- und Industriegeschichte“. Schon der Untertitel spricht nicht vom „Kreislauf der Eliten“, sondern von „Kontinuität und Mentalität“, „Klein, aber fein“ und vor allen Dingen ziemlich undurchlässig war der Kreis derjenigen, die im letzten Jahrhundert zur deutschen Wirtschaftselite zählten, ist eine der Thesen der Herausgeber.

Gleich im ersten Aufsatz über „soziale Homogenität und generationelle Muster der deutschen Wirtschaftselite seit 1945“ kommt Michael Hartmann zu dem Schluss, von einer von Liberalen wie Ralf Dahrendorf und anderen behaupteten sozialen Öffnung der deutschen Wirtschaftselite könne keine Rede sein. „Die soziale Selektion hat sich im Verlauf der letzten Jahrzehnte nicht verringert, sie hat vielmehr ganz im Gegenteil noch einmal deutlich spürbar zugenommen.“ (S. 35) Die „Auswahl nach Leistung“ sei ein „Mythos der deutschen Wirtschaftselite“, so Hartmann. Die Vermutung von

Dahrendorf und anderen Elitenforschern, dass die Bildungsexpansion der 60er und 70er Jahre „zu einer deutlichen Verbreiterung der sozialen Rekrutierungsbasis der Eliten geführt habe“, treffe, so Hartmann, bei einem Blick auf die Spitzen der 100 größten deutschen Unternehmen „nicht zu“. (S. 37) „Die Rekrutierung der Spitzenmanager ist in diesen 25 Jahren trotz der Veränderungen im Bildungssystem vielmehr ganz im Gegenteil noch selektiver geworden.“ Grund dafür sei nicht nur die trotz Expansion des Bildungssystems weiter sehr scharfe soziale Selektion im Bildungswesen selbst, beispielsweise bei Promotionen, die für Führungskräfte in Unternehmen in aller Regel verlangt werde. Ursache sei vor allem eine zweite, „vom Bildungstitel vollkommen unabhängige Selektion – die Selektion nach der sozialen Herkunft.“ In Anlehnung an den französischen Soziologen Bourdieu kommt Hartmann zu dem Ergebnis, der entscheidende Grund für die soziale Abgeschlossenheit der Wirtschaftselite sei die ausschlaggebende Rolle, „die der klassenspezifische Habitus in den Rekrutierungsprozeduren der großen Unternehmen spielt. Wer es bis in die Chefetagen schaffen will, sollte von seiner Persönlichkeitsstruktur her derjenigen ähneln, die bereits in solchen Positionen sitzen.“ (S. 43) Kurz gesagt: „Man wählt Seinesgleichen“. Dass solche Forschungsergebnisse am Eigenlob und der

Selbsteinstufung von Unternehmern als „Leistungselite“ nagen, liegt auf der Hand.

Spannende Wirtschaftsgeschichte bietet auch der Aufsatz von Lutz Budraß über die deutsche Luftfahrtindustrie und ihre Führungsschicht. Ihre zeitweise technologische Führung gewann diese Industrie in den 20er Jahren des letzten Jahrhunderts nach Budraß vor allem durch die Kombination neuen Ingenieurwissens mit praktischen Erfahrungen ausgemus-



Man wählt Seinesgleichen

terter Piloten des ersten Weltkriegs. Die Entwicklung freitragender Systeme mit robuster Ganzmetallverkleidung, verbunden mit der Entwicklung neuer Tragflügel, trugen maßgeblich zu dieser technologischen Führung bei. Während der NS-Zeit rekrutierte die Branche im Zuge der NS-Kriegsrüstung praktisch den gesamten Ingenieurwachstums aller Hochschulen. Dass der erste Geschäftsführer der deutschen Airbus GmbH Ende der 60er Jahre aus diesem NS-Ingenieurkader kam, ist ein weiteres Beispiel von Kontinuitäten in der deutschen Wirtschaftselite über alle Umbrüche hinweg.

Eine Polemik gegen die Thesen Hartmanns versuchen die beiden Frankfurter Autoren Wilhelm Bartmann und Werner

Plumpe in ihrem Aufsatz über die Vorstände der IG Farben und deren Nachfolger. Unter Berufung auf die Systemtheorie von Niklas Luhmann vertreten sie die Auffassung, Unternehmen als sozialen Systeme bildeten eigene Mechanismen der Aufnahme (Inklusion) und Ausschließung (Exklusion) von Menschen und sozialen Milieus, von denen auch Vorstände und deren Mitglieder erfasst und letzten Endes bestimmt würden. Diese Mechanismen seien vielleicht sozial selektiv, vor allem aber „systemfunktional“, dienten also der Aufrechterhaltung des „Systems“ Unternehmen und bildeten eine „eigene Rationalität“. „Die deutsche Großchemie bestätigt damit im Grunde einen Punkt, den Werner Sombart bereits in den zwanziger Jahren betont hatte: Die großindustrielle Organisation beschafft sich das Personal, das sie benötigt. Kulturelles und soziales Kapital mögen hilfreich sein, wenn man Kompetenz besitzt und sich jahrzehntelang bewährt; alleine genügen sie nicht.“ (S. 185). Das mag sein, aber die von Hartmann geschilderte und belegte soziale Kontinuität der deutschen Wirtschaftselite ist damit nicht widerlegt. Der Vorwurf der beiden Autoren an Hartmann, er sei Marxist („... geht im Grunde nicht über klassengesellschaftliche Aussageweisen hinaus, wie sie für Mitte des 19. Jahrhunderts typisch waren“, S. 153) wirkt vor diesem Hintergrund wenig überzeugend, eher sogar erheiternd. Man möchte antworten: „Das mag sein, und?“ Bedauerlich ist auch, dass beide Autoren der interessanten Frage, wie „Systeme“ wie die IG Farben vom Geschäft zu solchen Verbrechen wie der Herstellung von Zyklon B und den Buna-Werken in Auschwitz kamen und wie insgesamt die deutsche Wirtschaft vom Geschäft zum industriellen Holocaust gelangte, nicht nachgehen. Die „Gewöhnung an die Barbarei“ (Hans Mommsen) im System der IG Farben und anderer deutscher Konzerne bleibt so von diesen Autoren, die ganz offensichtlich beeindruckt von dem schnellen Wiederaufstieg der IG-Farben-Nachfolger Bayer, BASF und Hoechst auf den Weltmärkten sind und daraus auch gar keinen Hehl machen, leider unerforscht.

Ein anderes Kapitel der deutschen Nachkriegsgeschichte beschreibt Morten Reitmayr. Unter der Überschrift „„Unternehmer zur Führung berufen“ – durch wen?“ schildert er die Rolle der evangelischen Kirche und ihrer Einrichtungen nach 1945 bei der Wiederfindung eines „Selbstbildes“ deutscher Unternehmer als angeblich einziger noch verbliebenen und zur Leitung der Gesellschaft berufenen „Elite“. Nach der Diskreditierung der politischen Eliten (also NSDAP, Beamtenapparat, Wehrmacht und Justiz) bildeten sich in dem diskreten Milieu evangelischer Akademien die bis heute erhalten gebliebenen beschönigenden Bilder vom Unternehmer als ständigem „Modernisierer“ der Gesellschaft – eine Theorie, die bei vielen Menschen mit Verweis auf die NS-Vergan-

genheit deutscher Unternehmen bald auf Widerspruch stieß. Lesenswert sind auch Reitmayrs Schilderung der Schwierigkeiten, die viele Unternehmer in der Nachkriegszeit mit der Aufgabe des NS-Führerprinzips in ihren Unternehmen hatten – Schwierigkeiten, die auch in anderen Aufsätzen, etwa dem von Karl Lauschnke über den Wandel in der Eisen- und Stahlindustrie „Vom Schlotbaron zum Krisenmanager“, wieder auftauchen.

Interessant ist auch der Aufsatz von Christof Biggelen über das Berliner Bürgertum und seinen „Verein Berliner Kaufleute und Industrieller“. Wer weiß heute noch, dass Anfang der 30er Jahre Berlin nicht nur ein Zentrum der Elektroindustrie und des Maschinenbaus war, sondern auch 97% der Damen-Konfektionsindustrie des deutschen Reiches beherbergte? Dass schon Anfang des 20. Jahrhunderts über 50 Prozent der Mitglieder und 60 Prozent des Vorstands im „Verein Berliner Kaufleute und Industrieller“ jüdischen Glaubens waren und zumeist liberale politische Ansichten vertraten? Dass der Verein durch die Judenverfolgung der Nazi-Zeit binnen weniger Jahre fast 80 Prozent seiner Mitglieder verlor? Versuche, den Verein nach 1945 wieder zu beleben, trugen angesichts von Kaltem Krieg und Mauerbau nicht weit. Auch die „Ehrbarkeit“ des Berliner Vereins war durch die Judenverfolgung dauerhaft beschädigt. Wie wenig diese Geschichte politische Repräsentanten des alten West-Berlins bis in die Gegenwart bedrückt, machte der frühere Regierende Bürgermeister Diepgen deutlich, der sich bis zum Ende seiner langen Amtszeit vehement gegen das Holocaust-Mahnmal wehrte.

Auch Martin Müntzels Aufsatz über „Zerstörte Kontinuität“ befasst sich mit dem antisemitischen Teil der deutschen Geschichte. Die von ihm beschriebene Verdrängung jüdischer Manager und Aufsichtsräte aus den Führungsetagen von Banken, Unternehmen und Wirtschaftsverbänden während der NS-Zeit gehört zu den bis heute in Hochglanzbroschüren und Eigendarstellungen deutscher Unternehmen verschwiegenen Kapiteln der eigenen Unternehmensgeschichte.

Alles in allem ist das von Bochumer Historikern herausgegebene Buch ein spannendes und lesenswertes Buch über deutsche Wirtschaftsgeschichte – zumal in Zeiten, in denen vielerorts die Begeisterung für vermeintliche „Eliten“ hohe Wellen schlägt. *rül*

1 Vilfredo Pareto, *Ausgewählte Schriften*, herausgegeben und eingeleitet von Carlo Mongardini, Ullstein Verlag 1975.

Volker R. Berghahn, Stefan Unger, Dieter Ziegler (Hg.) Die deutsche Wirtschaftsgeschichte im 20. Jahrhundert, Klartext Verlag, Essen, September 2003, ISBN 3-89861-256-2, 464 Seiten, 39 Euro

Brutal, paradox und antisemitisch

„Die Passion“ des Mel Gibson

Der Film „Die Passion“ von Mel Gibson legte in den USA einen rekordverdächtigen Start hin. Mel Gibsons „Bibel Epos“ läuft erst seit Mittwoch, dem 25. Februar, in den amerikanischen Kinos und hat bereits 20 Millionen Dollar eingespielt, immerhin zwei Drittel der Produktionskosten. Die Münchner *Abendzeitung* wusste am 27. Februar bereits von einem Herztod einer 57-jährigen Frau aus Kansas zu berichten. Offensichtlich war die Frau dem fast zweistündigen Blutexzess nicht gewachsen und erlitt einen Herzanfall. Ab 8. April soll der Film im Verleih der Constantin Film in den deutschen Kinos starten.

Am Aschermittwoch, den 25. Februar, lud die Filmgesellschaft zu einer Pressevorführung um neun Uhr morgens in das Matthäuser Kino am Hauptbahnhof in München ein. Nicht nur wegen der unchristlichen (oder christlichen) Zeit war der Film auf nüchternen Magen eine unerträgliche Zumutung. Der Film beschreibt in blutigen, extrem brutalen Bildern die letzten zwölf Stunden im Leben Jesu. Der Zuschauer wird in 124 Minuten mit grausamen Folter- und Kreuzigungszenen dermaßen in die Enge getrieben, dass ihm nur abgrundtiefe Depression, Verzweiflung oder unsägliche Wut bleibt. Bekanntlich lebt es sich mit Depression und Verzweiflung schlecht, die Wut hingegen kann über das antisemitische Ventil abgelassen werden. Dieses Ventil bietet der Film aufdringlich an.

Darstellung der Juden und die aramäische Sprache

Der Macher des Filmes, Mel Gibson, und die Darsteller des Filmes geben stolz an, Aramäisch gelernt zu haben, um in ihrer Glaubensfestigkeit zu wachsen. In dem Film wird hauptsächlich aramäisch gesprochen, die Römer sprechen ein altes verzerrtes Latein. Während des gesamten Filmes hört man in der Tat kein englisches oder deutsches Wort. Der tragische Held des Filmes spricht wenig, dafür um so mehr jüdische Würdenträger, Rabbiner, oder das gemeine Volk. Alle sind sich in dem Film einig, den Ketzer möglichst grausam zu malträtieren und von Pilatus zu fordern: „Sein Blut komme über uns und über unsere Kinder“. Die absurde antisemitische Fragestellung: „Ob die Juden den Heiland ermordet haben“, wird in dem Film objektiv bejaht. Das gezeigte Volk und die aramäisch-jüdischen Würdenträger werden in dem Film als widerwärtige blutrünstige Monster präsentiert. Die dargestellten Grausamkeiten in Verbindung mit der aramäischen Sprache haben die Funktion, den Zuschauer gegen ein bestimmtes Volk, das der Juden, aufzubringen. Denn wozu soll es gut sein, in amerikanischen und deut-

schen Kinos einen Folter- und Grausamkeitserguss in einer völlig fremden Sprache endlos hinzuziehen. Wenn in amerikanischen und deutschen Kinos eine lange Blutorgie, vollzogen an einer Person im chinesischen Kaiserreich, in chinesischer Sprache gezeigt würde, dann gäbe es nicht die Frage, gegen wen sich der Film wohl richtet. Der Constantin Verleih behauptet bezüglich des Filmes „Die Passion“: „Hier werden nur historische Tatsachen festgehalten“. Nichts ist weniger wahr als diese Behauptung; der Film bietet neben dem Blutspektakel historische Absurditäten und antisemitische Klischees.

Kaiphas und Pontius Pilatus

Entgegen der historischen Faktenlage wird der Hohepriester Kaiphas zum eigentlichen Machtträger in der damaligen römischen Provinz. Pilatus, der römische Statthalter, setzt sich oft dafür ein, Jesus zu begnadigen, um am Ende seine Hände in Unschuld zu waschen. Im Film droht Kaiphas dem römischen Statthalter mit einem Aufstand, wenn er Jesus nicht an das Kreuz schlage. Ergo wird die antisemitische Botschaft transportiert: „In Wahrheit haben die Juden die Macht, obwohl es offiziell nicht so aussieht“.

Wie war die Lage zur damaligen Zeit tatsächlich? Die Sadduzäer (Zdukim) stellten die traditionelle Elite, jene Familien, aus denen der Hohepriester des Jerusalemer Tempels stammt und die den lokalen Adel stellten. Sie empfanden sich als Hüter der Tradition, mit Rom hatten sie sich arrangiert, sie kooperierten mit der Besatzungsmacht. Im Volk galten die Sadduzäer als Kollaborateure und waren verhasst. Geachtet waren hingegen die Pharisäer (Pruschim). Sie galten als gebildet, sie stellten die meisten Schriftgelehrten. Elitär und asketisch gaben sich die Essener, ihr Zentrum war wohl die klosterähnliche Anlage von Qumran am Toten Meer. Die Essener lebten, um es neuzeitlich auszudrücken, in kommunistischen Gemeinschaften und warteten auf den Erlöser. Am meisten setzten den römischen Besatzern die Zeloten (Kana'im) zu. Die Zeloten, oder Sicarri (kurzer Dolch), setzten nicht nur auf Schrifttum und kultische Reinheit, sondern sie kämpften mit der Waffe in der Hand für die Befreiung des Landes Israel. Ihr militanter Kampf richtete sich gegen die römische Herrschaft und gegen die mit ihr verbundene privilegierte Klasse. Bekanntlich war Je-

sus kein Zelot, sondern nur einer von vielen pazifistischen Wanderpredigern unter den Juden. Für die Sadduzäer war der Hauptgegner das Zelotentum, genauso wie für die römischen Oberherren. Dass Kaiphas dem Statthalter Pilatus mit einer Revolte wegen Jesus gedroht haben soll, ist eine abstruse Legende. Pilatus war der Herr und Kaiphas sein bereitwilliger Untergebener. Die gewesenen Machtverhältnisse in ihr Gegenteil zu verdrehen (wie es der Film tut), entsprang historisch dem Bedürfnis urchristlicher Agitatoren unter den „Heiden“ (den Römern). Damit die jüdische Sekte (Christentum) sich in Rom erfolgversprechend entwickeln konnte, musste der römische



Statthalter Pilatus zum Unschuldslamm mutieren, Kaiphas und die Juden hingegen zu mörderischen Gottesleugnern. Die aktuelle filmische Inszenierung der urchristlichen Legende durch Gibson fördert die Reaktivierung des christlichen Antijudaismus und noch stärker den rassistisch geprägten Antisemitismus.

Der Hintergrund von Mel Gibson

In dem Werbeheft zu „Die Passion“ von Constantin Film wird Gibson als bekannter Schauspieler und Produzent vorgestellt. Das ist nichts Neues und eigentlich überflüssig. Interessant ist hingegen der ideologische und organisatorische Hintergrund von Mel Gibson. Dazu weiß der Verleih von Constantin Film nichts zu sagen. Mel Gibson gehört der christlich fundamentalistischen „Catholic Church“ an. Der Vater von Mel Gibson beschrieb Anfang 2003 den ideologischen Kern der Sekte im New York Times Magazine: „Ich halte das Zweite Vatikanische Konzil von 1965 für eine freimaurenerische Verschwörung unter jüdischer Leitung“. Hutton Gibson kritisierte damit

eine Erklärung des Konzils, in der die Juden nicht mehr als kollektive Christumörder bezeichnet werden. Mel Gibson teilt offensichtlich die Haltung seines Vaters, denn eine Distanzierung vom Herrn Papa ist nicht bekannt. Kurz vor der Premiere des Filmes erklärte Hutton Gibson: „Der Holocaust ist eine Erfindung. Die meisten der angeblich in Vernichtungslagern umgekommenen Juden seien in Wirklichkeit nach Amerika ausgewandert“ (AZ, 27.2.04 und Zeri-Stimme 12.2.04). Herr Gibson hat sich von solchen ungeheuerlichen Äußerungen seines Sektenbruders und Vaters nicht eindeutig distanziert. Statt dessen besitzt der Constantin Film Verleih die Frechheit,

Herrn Gibson als spirituell veranlagten Künstler und einfach religiösen Menschen zu präsentieren.

Ausblick und Prognose

Der brutal antisemitische Müll von Mel Gibson passt in die Landschaft. In den USA ist seit Jahren ein militanter, stärker werdender christlicher Fundamentalismus feststellbar. Die Kampagne gegen die Homo-Ehe, mit der Bush offensichtlich die Wahl gewinnen will, ist hierfür ein signifikanter Ausdruck. Christlicher Puritanismus und religiöser Eifer dominieren weite Teile der US-Gesellschaft. Der religiöse Fanatismus bewirkt in den USA ein Wiedererstarken antijudaistischer christlicher Paradoxie. Der christliche Erlösungsgedanke ist mit dem Tod des Jesus untrennbar verbunden. Es ist ein Widerspruch, einerseits den Tod von Jesus

als göttliche Erlösung zu feiern und andererseits auf die angeblichen Mörder, die Juden einzudreschen.

Die Proteste vieler jüdischer Organisationen gegen den Gibson Film bewirkten in den USA nichts. In Deutschland wird der Film an Ostern starten. Gespannt darf man auf die Frage sein, wie sich der Antisemitismus in Deutschland bei den Gibson-Freunden zeigt. Eine Prognose sei hier gestattet, er wird im Gegensatz zu den USA nur formal religiös erscheinen, eher wird hier der Antisemitismus kalt, barbarisch und „modern“ einherschreiten. Der antisemitische deutsche Mob sowie die „kultivierten“ Antisemiten werden das Gibson-Geschenk beim Schopf packen. In den USA gehen seit Wochen Anrufe und Briefe bei jüdischen Organisationen ein. „Der Film wird Millionen daran erinnern, dass die Juden Jesus ermordet haben“, schrieb ein Gibson-Fan an das Simon Wiesenthal Center in New York. Auch oder gerade in Deutschland darf mit einigem gerechnet werden.

Max Brym, in: www.hagalil.com

18. März: Tag der politischen Gefangenen

20. März, weltweit/bundesweit: *Internationaler Aktionstag gegen den Krieg*, Aufrufer: (u.a.) Europäischer Sozialgipfel in Paris, in Deutschland sind bis jetzt Aktionen in: Ramstein, Protestmarsch „Stillhalten ist tödlich“ (<http://www.ippnw.de/ramstein>) zur US Airbase Ramstein, Hamburg, Berlin geplant, ausführliche Termine bei: www.friedenskooperative.de/ter20-03.htm
Infos über Aktionen in den USA: <http://www.internationalanswer.org/campaigns/m20/index.html>

21. März: *Sonderparteitag der SPD*, Neuwahl des Parteivorsitzenden und Generalsekretärs

27. März, Rostock: *Internationale Friedenskonferenz der PDS* (Ostseefriedenskonferenz)

3./4. April 2004, Fulda: *Tagung des Forums Kommunistischer Arbeitsgemeinschaften*. Siehe Kasten

3. April: *Europäischer Aktionstag für ein soziales Europa*. Europaweite Aktionen (Proteste, Demonstrationen, Konferenzen, Medienkampagnen) der Gewerkschaften und sozialen Bewegungen gegen Sozialabbau, für Solidarität, Gerechtigkeit, sozialen Zusammenhalt und eine soziale europäische Verfassung. Es gibt Demonstrationen in Berlin, Köln und Stuttgart. Infos (auch über die lokale Aktionskomitees und weitere Veranstaltungstermine zur Vorbereitung): www.verdi.de und www.attac.de www.aktionstag.verdi.de

7.-9. Mai, München: *Vom Münchner Diktat zur Nachkriegsordnung*. Geschichte und ihre Instrumentalisierung in der aktuellen deutschen Politik. Veranstalter: Kurs Eisner Verein für politische Bildung in Bayern e.V. in Zusammenarbeit mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Siehe unter: www.kurt-eisner.de/muedik – Ausführlicheres in einer der nächsten Ausgaben der PB.

7.-9. Mai, Poznan/Polen: *Ein Entwicklungsmodell für die erweiterte EU*. Internationale Konferenz des Netzwerks EPOC (Improvement of Economic Policy Coordination for Full Employment and Social Cohesion) über die sozialen und politischen Herausforderungen im Gefolge der EU-Erweiterung. Infos/Anmeldung: Jacqueline Runje, Universität Bremen, FB 7/Ökonomie, Wilhelm-Herbst-Str. 1A, 28359 Bremen . www.epoc.uni-bremen.de/jrunje@ewig.uni-bremen.de

8./9. Mai, Rom: *Gründung der Partei der Europäischen Linken*.

10./11. Mai, Bonn: *Nationaler Städtebaukongress*: Stadtentwicklung zwischen privatem Einfluss und öffentlicher Verantwortung. Veranstaltet von: Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen, Deutscher Städtetag, Deutscher Städte- und Gemeindebund u.a.

14.-16. Mai, Berlin: *Es geht auch anders!* Gemeinsamer bundesweiter Perspektivkongress von ver.di, IG Metall, Attac und anderen über die Perspektiven einer emanzipatorischen Gesellschaft, Infos: www.attac.de

15./16. Mai, Sömmerda: *Kommunalpolitische Konferenz der PDS*

23. Mai: *Bundespräsidentenwahl*

8.-10. Juni: *G8-Gipfel*, u.a. zum Nahostplan

13. Juni: *Europawahl; Landtagswahl* in Thüringen; *Kommunalwahlen* in: Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz, Saarland, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt, Sachsen. Volksentscheid über neues Wahlrecht in Hamburg.

17.-18. Juni: *EU-Gipfel*, u.a. ebenfalls zum Nahost-Plan

27. Juni: *Kommunalwahl in Thüringen*.

28./29. Juni, Istanbul: *NATO-Gipfel*, u.a. zum Nahost-Plan

29. Juli bis 1. August: *Linke Sommerschule* der ArGe Konkrete Demokratie – Soziale Befreiung in Sondershausen, Thüringen

2.-3. September, Hamburg: Stiftungs-Kongress 2004: *Leben in der Stadt*. Neue Orte, neue Wege, neue Perspektiven. Stiftung Lebendige Stadt, www.lebendige-stadt.de

5. September: *Landtagswahl* im Saarland

19. September: *Landtagswahl* in Brandenburg und Sachsen

26. September: *Kommunalwahl in NRW*

Einladung zum

Forum kommunistischer Arbeitsgemeinschaften

Die Jahreshauptversammlung des Forums findet statt am

Samstag/Sonntag, dem 3./4. April 2004

Beginn: 12.30 Uhr

DGB Jugend-Bildungsstätte, Fulda, Magdeburger Str. 69.

Die Konferenz endet am Sonntag um 12.30 Uhr.

Samstag, 3. April 2004, Beginn 12.30 Uhr

0. Konstituierung
1. Positionen der PDS und europäischer Linksparteien zur kommunalen Wirtschaftspolitik. Es referiert Helmut Markov, MdEP
2. Diskussion und Verabschiedung der neuen Satzung
3. Wahlen: Arbeitsausschuss, Präsidium, Redaktion, Finanzprüfungskommission.
4. Finanzbericht 2003 und Finanzplan 2004

Sonntag, 4. April 2004, Beginn 9 Uhr

5. Deutscher Revanchismus:
 - a. Neue Ordnung in Europa und Ostpolitik
 - b. Zur EU-Verfassungsdebatte
- Ende 12.30 Uhr

Anmeldung:

Über die Landesarbeitsgemeinschaften oder GNN Verlag, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln, Tel. 0221-21 16 58. **Wir bitten um rasche Anmeldung.**